

Fachtagung von KURD-AKAD

# Die "neue" Türkei und ihre Herausforderer

## Samstag, 19.01.2019 / Köln

FORUM Volkshochschule im Museum am Neumarkt  
Cäcilienstr. 35, 50667 Köln



# DOKUMENTATION

[www.kurd-akad.com](http://www.kurd-akad.com)

Veranstalter

## KURD-AKAD

NETZWERK KURDISCHER AKADEMIKERINNEN e.V.

In Kooperation mit



Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin  
Amt für Weiterbildung  
Volkshochschule

Unterstützer





## Die Themen

Nach dem Putschversuch vom 16. Juli 2016 begann in der Türkei ein massiver Umbauprozess im Staatsapparat mit dem Ziel, das Präsidialsystem im Sinne des Staatspräsidenten Erdogan und seiner Partei AKP zu institutionalisieren. Vorzeitige Parlaments- und Präsidentschaftswahlen untermauerten diese Bestrebungen.

Mit der Tagung unter dem Titel „Die ‚neue‘ Türkei und ihre Herausforderer“ möchten wir die politischen Kontinuitäten, Veränderungen und Herausforderungen in der Türkei anhand eines tiefergehenden Blickes auf Nationalstaatlichkeit, Nationalismus, Regime-Change unter Erdogan, oppositionelle Kräfte und basisdemokratische Alternativen herausarbeiten.

## FORUM 1: Von der Geschichte zur Gegenwart

- **Das Erbe von 1923: der türkische Nationalstaat damals und heute**  
*Ismail Küpeli (Politikwissenschaftler, Universität Bochum)*
- **Was ist "neu" am neuen Regierungssystem? Präsidentialismus alla Turca zwischen Kontinuität und Wandel**  
*Mahir Tokatlı (Politikwissenschaftler, Universität Bonn)*
- **Erdogans Außenpolitik: Stabilität oder Konflikt in der Region?**  
*Ziya Pir (ehem. HDP-Abgeordneter)*
- **Deutsche Türkei-Politik: Kontinuität vs Neuausrichtung**  
*Dr. Günter Seufert (Politikwissenschaftler, SWP)*

**Moderation:** *Susana Santana (Journalist, Wiesbaden)*

## FORUM 2: Demokratie neu denken

- **Die demokratische Autonomie als Blueprint neuer Demokratien**  
*Ramazan Mendanlioğlu (Politikwissenschaftler, Universität Hamburg)*
- **Eine alternative Türkei. Die HDP; feministisch, basisdemokratisch, egalitär**  
*Rosa Burç (Center for Social Movement Studies, Scuola Normale Superiore, Florenz)*

**Moderation:** *Çiler Firtına (Übersetzerin, Köln)*

## ABSCHLUSSDISKUSSION:

**Herausforderungen und Perspektiven der Türkei heute**

**Moderation:** *Dersim Dağdeviren (Ärztin, Vorstandsmitglied Kurd-Akad)*





**Ismail Küpeli**

*(Politikwissenschaftler, Universität Bochum)*

## **Das Erbe von 1923: der türkische Nationalstaat damals und heute**

Von mir Herzlich Willkommen. Ich werde versuchen, die Geschichte der türkischen Republik in weniger als 20 Minuten vorzustellen, was eigentlich nicht möglich ist. Ich werde auf einige grobe Linien in der türkischen Geschichte hinweisen und darauf, weswegen es auch schwer vorstellbar ist, mit der jetzigen Türkei, mit dem jetzigen politischen System zu einem gerechten Frieden und zu einer pluralistischen Demokratie in der Türkei zu kommen; was aus der Geschichte der Türkei schon immer dagegen gesprochen hat, was heute dagegen spricht. Ganz kurz eine Werbung noch. Wir werden Anfang Februar mit einigen, die hier heute auch reden werden, eine Publikation herausbringen „Kampf um Rojava, Kampf um die Türkei“. Hier versuchen wir auch, die Situation in Nordsyrien, in Rojava, in der Türkei zusammen zu bringen. Also auch deutlich zu machen, inwiefern die Konflikte miteinander zusammenhängen.

Die groben Linien, auf die ich hinweisen will, machen vielleicht auch deutlich, warum es schwierig war, dass in der Türkei überhaupt ein Friedensprozess mit der kurdischen Seite angefangen wurde, und warum dieser Friedensprozess am Ende nicht erfolgreich war. Diese groben Linien, auch das steht vielleicht etwas im Widerspruch zum Titel der heutigen Veranstaltung, sind keineswegs neu, sondern sind

sozusagen Kontinuitäten der türkischen Republik. Worum geht es genau? Zum einen geht es natürlich darum, dass die Türkei sich bis heute als ein türkischer Nationalstaat versteht. Das hört sich jetzt vielleicht etwas banal an, bedeutet natürlich aber, dass in der jetzigen Türkei, aber auch zu Beginn der türkischen Republik die Existenz von anderen Bevölkerungsgruppen nicht vorgesehen war. Das heißt, die einzigen, die in der Türkei leben sollten, die dort Rechte haben sollten, waren Türken. Alle anderen Bevölkerungsgruppen, die es real gab, sollten entweder assimiliert werden, vertrieben werden oder vernichtet werden. Das sind eigentlich die drei Optionen, die damals schon im Raum standen und die bis heute im Raum stehen.

Vielleicht fangen wir mit der Vernichtung an. Mit der Vernichtung legen wir auch die Grundlagen dafür, dass die Türkei sich überhaupt türkisch nennen kann. Denn ohne die Vernichtung der Armenier im Osmanischen Reich 1915 mit über einer Million Toten, ohne die Vertreibung und Vernichtung der übrigen nicht-muslimischen Bevölkerungsgruppen im Osmanischen Reich, mit der Vertreibung der GriechInnen 1923 und anderen christlichen Bevölkerungsgruppen ist die heutige Türkei nicht vorstellbar. Das heißt, die Türkei, wie sie heute existiert, basiert von der Gründung an auf Vernichtung und Vertreibung der Nicht-Muslime. Das ist der erste Schritt, ohne den die heutige Türkei überhaupt nicht vorstellbar wäre; auch der Genozid an den Armeniern 1915. Ohne das eine ist das andere nicht möglich.

Als dann die Armenier vernichtet waren, als die Nicht-Muslime vertrieben waren, als alle anderen Bevölkerungsgruppen ebenfalls aus dem Land entfernt wurden, wurde dann 1923 die türkische Republik gegründet. Übrig blieben da eigentlich nur noch die Kurden als ein Haupthindernis dafür, dass wir von einem türkischen Nationalstaat sprechen können. Das heißt, andere Bevölkerungsgruppen waren schon ausgeschaltet, kleinere muslimische Bevölkerungsgruppen sollten assimiliert werden wie zum Beispiel die Tscherkessen aus Russland, andere muslimische Bevölkerungsgruppen sollten ebenfalls türkisiert werden. Bei den Kurden war es insofern

schwieriger, weil sie dafür zu zahlreich waren, und sie waren auch zu mächtig. Das heißt, man konnte zum Beispiel die Tscherkessen einfach in der heutigen Türkei so verteilen, dass man nicht zugelassen hat, dass sie sich irgendwo auf bestimmte Gebiete konzentrieren, sondern man hat sie verteilt, so dass sie nach und nach in der türkischen Nation aufgehen sollten. Das hat bei den Tscherkessen auch weitgehend funktioniert. Wenn Sie sich heute in der Türkei aufhalten, erleben sie keine tscherkessische Kultur, kein tscherkessisches Leben in der Türkei. Das ist bei den Kurden deutlich schwieriger gewesen. Was man da gemacht hat, ist sozusagen, es gibt die türkische Republik und dort leben nur Türken. Und die Politik, die man dann aufgestellt hat, um die Kurden in die türkische Nation assimilieren zu lassen, war zum Teil widersprüchlich und zum Großteil auch erfolglos.

Die Politik, die man dann den Kurden gegenüber verfolgte, zeigt eigentlich auch die ganze Bandbreite der türkischen Politik gegenüber den Minderheiten, gegenüber nicht-türkischen Bevölkerungsgruppen. Es fängt an bei Versuchen der Assimilierung, dass man zum Beispiel in den kurdischen Gebieten Internate einrichtet, wo dann die kurdischen Mädchen zu Türcinnen erzogen werden sollten. Das war nicht erfolgreich. Man hat versucht, einen Teil der kurdischen Bevölkerung aus den Gebieten zu vertreiben und über die Türkei zu verteilen und so eine Assimilation zu erreichen. Auch das war nicht erfolgreich. Man hat auch versucht, über Kriege, über Militäroffensiven ebenfalls die Kurden zumindest unterzuordnen. Also, wenn wir uns die Gründung der türkischen Republik 1923 anschauen, dann gibt es in dieser Zeit, in der Gründungsphase der türkischen Republik über 30 Militäroffensiven der Türkei, die dann als kurdische Aufstände deklariert wurden; wo also genau das versucht wurde gegen die Kurden, die rebellisch waren, die widerständig waren, die nicht loyal waren gegenüber der Türkei. Dass man sie dann mit Bestrafungsaktionen überzieht, dass man sie belagert, dass man ihre Dörfer niederbrennt, dass man männliche Kurden erschießt, dass man Frauen und Kinder deportiert, dass man darüber den

Kurden eine Lektion erteilt, dass sie sich unterordnen sollen. Das hat man etwa zwanzig Jahre versucht von 1923 bis 1937/38 mit dem letzten Massaker in Dersim. Auch das ist am Ende nicht erfolgreich gewesen. Das heißt, am Ende dieser ganzen Massaker, dieser ganzen Kriege, dieser ganzen Offensiven stand die Türkei eigentlich wieder am Anfang; nämlich die Kurden waren noch nicht in die türkische Nation untergeordnet und man musste nach wie vor irgendeinen Weg finden, wie man mit den Kurden in der neuen Republik umgeht. Dieser Weg ist bis heute nicht gefunden. Das heißt, es gibt bis heute kein Modell in der Türkei, wie man das Zusammenleben dieser zwei großen Bevölkerungsgruppen in einem Land organisiert. Bis heute ist immer wieder der Versuch da, die Kurden militärisch unterzuordnen, ihnen den kurdischen Raum wegzunehmen und dass man sie quasi entweder negiert oder eben zumindest unterordnet. Wenn man sich die türkische Republik anschaut, die ganzen Jahrzehnte, dann gibt es immer wieder diese Wechselphasen. Zeitweise wird dann versucht, über Krieg, über Militäroffensiven solche Unterordnung zu erzwingen. Dann wird doch wieder Wert gelegt auf Assimilierung. Aber es gibt sozusagen nie den Versuch zu sagen, die türkische Republik, wie sie heute besteht, wie sie heute existiert, ist so nicht nachhaltig, ist so nicht überlebensfähig. Sie kann nicht dafür sorgen, dass zwei Bevölkerungsgruppen zusammen leben. Wenn wir nur über die Türken und die Kurden sprechen, dann geraten die ganzen anderen Bevölkerungsgruppen, die zum Teil immer noch da sind, natürlich erst einmal in den Hintergrund. Aber wenn wir das auch noch einmal in die Rechnung aufnehmen würden, dann bedeutet es eigentlich, dass die türkische Politik, die türkische Geschichte zeigt, dass der Nationalstaat in der jetzigen Form eigentlich nicht bestandsfähig ist, dass wir eigentlich ein anderes Modell brauchen, wenn wir tatsächlich einen gerechten Frieden und eine pluralistische Demokratie in der Türkei erreichen wollen. Weil diese Idee, eine Fahne, eine Nation, ein Staat, sorgt immer wieder dafür, dass die Kurden, dass die anderen Bevölkerungsgruppen untergeordnet werden müssen, und zwar

gewaltsam. Und das ist eben kein Modell für eine demokratische Gesellschaft. Insofern stellen sich die Frage, ob man im Rahmen eines solchen Systems überhaupt zu einem Frieden kommen kann, und auch die Frage, ob man im Rahmen eines solchen Systems zu einer Demokratie kommen kann. Man kann sich einmal die geschichtliche Phase anschauen in den 20iger/30iger Jahren mit zehntausenden Toten, die am Ende nicht zu einer Lösung der Kurdenfrage beigetragen haben. Man kann sich auch die aktuelle Lage anschauen, man kann sich auch den Krieg ab 2015 anschauen, bei der Ähnliches versucht wurde, auf die politische Äußerung der kurdischen Seite ebenfalls mit Militäroffensiven geantwortet wurde. Auch da hat man eben nicht versucht, auf die Forderung der kurdischen Seite nach Autonomie, nach kommunaler Selbstverwaltung einzugehen, sondern auch da war die Antwort eben, dass man die kurdischen Städte bombardiert, dass man die kurdischen Städte attackiert, dass man dafür sorgt, dass Hunderttausende KurdInnen aus den Gebieten vertrieben werden. Das heißt, es zeigt sich eigentlich immer wieder, dass dieser militärische Weg nicht funktioniert. Aber es ist bis heute der einzige Weg, auf den der türkische Staat zurückgreifen kann und will und andere Wege, andere politische Lösungsmodelle werden nach wie vor nicht verfolgt. Das ist bis heute die große Schwierigkeit, dass wir eigentlich eine sehr grundlegende Änderung der türkischen Republik bräuchten, wenn wir tatsächlich Frieden und Demokratie in der Türkei erreichen wollen.

Jetzt können wir über die ganzen Jahrzehnte ganz viele Beispiele aufführen, ganz viele Fälle aufführen, die das immer wieder zeigen. Wenn man sich allein die letzten Jahre anschaut, finden wir viele Beispiele, dass der militärische Weg nicht funktioniert, dass wir einen politischen Lösungsansatz brauchen, der aber im Rahmen des bisherigen Systems nicht möglich ist, weil die Türkei bis heute ein zentralistischer Einheitsstaat ist, ein Nationalstaat der Türken, der türkischen Nation, in der andere Bevölkerungsgruppen erstmal per se keinen Platz haben. Das muss überwunden werden,

wenn wir Frieden in der Türkei erreichen wollen, wenn wir dazu kommen wollen, dass wir tatsächlich irgendwann von einer echten Demokratie in der Türkei sprechen. Und Mahir wird nachher darauf eingehen, dass wir heute natürlich von einer Autokratie sprechen, aber auch die früheren Phasen, selbst die relativ liberalen Phasen, auch da lässt sich nicht von einer Demokratie sprechen, weil die Grundlage für Demokratie nicht gegeben ist, weil immer wieder die Existenz der kurdischen Bevölkerung negiert wurde. Also auch zum Beispiel die 60iger Jahre, die vergleichsweise als liberal gelten, auch da wurde versucht, die Existenz der kurdischen Bevölkerung per se abzustreiten. Auch das war staatliche Politik. Das ist etwas, was bis heute nicht überwunden ist. Die Vorstellung einer Nation, einer türkische Nation, die alleine existiert, und eines türkischen Staates, das ist etwas, was überwunden werden muss. Es ist eine sehr große Schwierigkeit, sich das überhaupt vorzustellen, aber kleiner als das wird es nicht gehen. Besten Dank.

<|>



**Mahir Tokatl**  
*(Politikwissenschaftler, Universität Bonn)*

## **Was ist "neu" am neuen Regierungssystem? Präidentialismus alla Turca zwischen Kontinuität und Wandel**

Bereits im osmanischen Reich, 1876, entstand die erste Verfassung, die eine konstitutionelle Monarchie etablieren wollte. Die Macht des Sultans sollte durch ein Parlament eingeschränkt werden, weswegen wir bereits von einer anfänglichen Parlamentarismus-Tradition sprechen können. Dies ist sodann bis heute die erste Kontinuität.

Gleichzeitig hat sich eine weitere Kontinuität etabliert, die Diskrepanz zwischen Verfassungsschrift und Verfassungspraxis. Die ersten beiden nicht-osmanischen Verfassungen beispielsweise, sowohl 1921 als auch 1924, haben einen schwachen Staatspräsidenten konzipiert, der allerdings in der Realität eine außerordentlich starke Rolle einnahm. Als über die Kompetenzen diskutiert wurde, argumentierte der Abgeordnete Reşat Bey aus Saruhan, dass er die Möglichkeit einer Parlamentsauflösung unter keinen Umständen dem Reiscumhur verleihen würde, selbst wenn dieser Allah wäre. Andererseits wurde mit Mustafa Kemal jemand erster Staatspräsident, der das Parlament sodann in einen Ort verwandelte, an dem er lediglich seine Befehle verkündete. Sein Nachfolger İnönü regierte bis 1946 nicht anders.

Die freiheitlichste Verfassung 1961 übernahm fast eins zu eins die Ausführungen zum Staatspräsidenten. Um ihn tatsächlich einzuhegen,

wurden weitere institutionelle Mechanismen eingeführt, die eine Machtdiffusion auf verschiedene Organe gewährleisten; statt einer Machtkonzentration. Das Verhältniswahlrecht führte letztlich zu einem Kompromisskandidaten des Staatspräsidenten, insbesondere weil es nun zwei Kammern in der Legislative gab. Zudem ist das Verfassungsgericht unabhängig und stark. Ebenso erhielten Universitäten volle Autonomie, sodass sie ein entsprechendes Gegengewicht zur Regierung darstellen. Wenig verwunderlich, dass im Endeffekt diese Verfassung in ihrer liberalen teilweise libertären Form lediglich zehn Jahre überlebte und somit die kürzeste Verfassung in der republikanischen Ordnung war.

Mit der 1982er Verfassung wiederum hat man sich die Mühe, den Staatspräsidenten schwach zu konzipieren, gespart. Stattdessen erhielt der Staatspräsident eine leicht schizophrene Rolle: Seine politischen Befugnisse wurden aufgewertet, gleichzeitig aber wurde er entparteipolitisiert. Eine wirkliche Rolle zur Gestaltung hatte er nicht, er konnte lediglich blockieren. Man kann sagen, er sollte eine Art Wächterfunktion übernehmen, und da ihm ein parteipolitisches Neutralitätsgebot auferlegt war, war die militärische Intention, diesen aus den eigenen Reihen zu rekrutieren, weswegen sich die Verfassungsväter in Tarnanzügen gegen eine Direktwahl entschieden haben.

Dies ging allerdings nicht auf. Weil der Staatspräsident weitgehende politische Befugnisse hatte, eigenständig agieren konnte und nicht von einer instabilen Koalitionsregierung abhängig war, wechselten tatsächlich aktive Politiker in das Amt. Sowohl Turgut Özal als auch Süleyman Demirel machten diesen Schritt. Nahezu zeitgleich mit seiner Wahl forderte Özal eine Aufwertung seiner Kompetenzen, die durch eine Direktwahl unterstrichen werden sollte. Er plädierte für ein Systemwandel hin zu einem Präsidialsystem.

Sein größter Gegner war Süleyman Demirel, der diesen Vorschlag zu seiner Zeit als Ministerpräsident vehement opponierte. Nach Özals Tod wechselte Demirel das Amt und seine

Meinung. Er forderte nun seinerseits einen Wandel hin zum Semipräsidential- bzw. Präsidentsystem. Im Grunde zeigt die Debatte, dass beide Politiker wenig bis keine Kenntnis von Regierungssystemen besaßen, denn sie forderten einen Wandel im Irrglauben, sie würden dadurch mehr Kompetenzen zugesprochen bekommen und ein reibungsloses Regieren wäre möglich.

Damit wir mehr Ahnung als die beiden haben, versuche ich Ihnen kurz zu vermitteln, warum beide im Unrecht sind. Wenn sich die Politikwissenschaft mit Regierungssystemen auseinandersetzt, untersucht sie das Verhältnis zwischen den beiden zentralen Gewalten, Exekutive und Legislative. Da wir uns mit repräsentativen Demokratien beschäftigen, sprechen wir über Formen des Parlamentarismus und betrachten diese aus der Perspektive des Parlaments. Parlamentarische Systeme sind gekennzeichnet durch die Möglichkeit einer vorzeitigen Abberufbarkeit der Regierung durch das Parlament aus politischen Gründen, während in präsidentiellen Systemen diese Kompetenz dem Parlament verwehrt bleibt. Anders ausgedrückt: Exekutive und Legislative sind dazu verdammt, miteinander zu regieren, bis dass der Tod / Ende der Amtszeit bzw. Legislaturperiode sie scheidet. Zusätzlich gibt es eine dritte Form – ich spreche ihr die zugeschriebene Eigenständigkeit ab. Das semipräsidentielle Regierungssystem kennzeichnet sich in der gegenwärtigen Forschung durch eine Direktwahl des Staatspräsidenten und einer Koexistenz mit einem Ministerpräsidenten, der vom Vertrauen des Parlaments abhängig ist. Viele denken, dass im Zentrum dieses Systems der Präsident steht, was allerdings nicht stimmt, denn es ist weiterhin die Parlamentsmehrheit, die ihm implizit diese Möglichkeit zu Regieren gewährt. Wenn Macron keine parlamentarische Mehrheit hätte, wäre ihm ein Regieren nicht möglich. Beispiel aus der Türkei: Für die Befürworter des semipräsidentiellen Systems als eigenständiger Typus vollzog die Türkei 2014 mit der ersten Direktwahl einen Wandel und schon im Juni 2015 musste Präsident Erdogan merken, dass er in einer Koalition nicht die Macht inne haben wird,

weswegen er schon nach 43, statt 45 Tagen Neuwahlen ausrief.

2014 können wir auch den dritten Ministerpräsidenten sehen, der einen Wechsel im Exekutivamt durchlief in der Hoffnung, er könne das System ändern. Schon 2003 äußerte er sich in einem Interview, er würde gerne ein Präsidentsystem nach US-amerikanischem Vorbild einführen. Immer mal wieder wurde sodann das Thema in der Öffentlichkeit diskutiert, ohne allerdings konkret zu werden. Erst während seiner dritten Amtszeit als Ministerpräsident wurde die Idee konkretisiert, und die AKP-Fraktion reichte einen ersten Entwurf ein, den sie als Präsidentsystem charakterisierten, der in Wahrheit jedoch keiner war.

Eine kleine Randbemerkung: Von kemalistischer Seite wurde Erdogan mit der Einführung eines Föderalismus als notwendige Bedingung eines Präsidentsystems konfrontiert, das er 2016 mit den Worten ablehnte: „Es gibt auch Beispiele für zentralistische Präsidentsysteme. Z.B. Deutschland unter Hitler“ Dies ist deswegen erstaunlich, als dass er Zypern hätte erwähnen können. Ein Land in unmittelbarer Nachbarschaft zur Türkei, das sowohl präsidentiell als auch zentralistisch ist. Aber das würde wahrscheinlich wiederum andere türkisch-nationale Befindlichkeiten berühren.

Ich werde an dieser Stelle nicht auf den konkreten Entwurf eingehen, denn tatsächlich sind Entwurf und die letztlich 2017 verabschiedeten Reformen nicht wirklich unterschiedlich. Ich möchte aber kurz noch einige Bemerkungen zu der 1982er Verfassung machen. Alle politischen Parteien und zivilen Kräfte waren von Anfang an für eine Demokratisierung der Verfassung. Zwischen 1987 bis 2011 wurden insgesamt 115 Artikel modifiziert. Im Vergleich dazu: Die Verfassung der USA wurde in ihrer über 230jährigen Geschichte lediglich 25 Mal verändert. Spätestens 2011 gab es einen weitgehenden Konsens, die Verfassung durch eine neue zivile zu ersetzen. Mit dem Anspruch ist die AKP letztlich auch angetreten. Und gescheitert. Denn sie hat mit der MHP lediglich umfassende



Verfassungsänderungen veranlasst. Im Januar wurden 18 Punkte, die die Verfassung um 69 Artikel verändert im Parlament mit einer 3/5-Mehrheit verabschiedet. In einem kontroversen und von Manipulationen triefenden Verfassungsreferendum wurde dies am Ostersonntag 2017 von der Bevölkerung bestätigt.

Was sind nun die Punkte, die das Regierungssystem zu einem Präsidialsystem machen?

1. Es gibt keinen Ministerpräsidenten mehr. Ein klarer Bruch mit allen vorherigen Verfassungen. Die Exekutive besteht nur aus dem direkt gewählten Staatspräsidenten, dessen Amtszeit auf zwei beschränkt ist und der sowohl seine Minister als auch Stellvertreter beliebig ernennen und austauschen kann.

2. Das Parlament kann nicht länger den Präsidenten ermächtigen, per Dekret zu regieren. Klingt erst einmal ganz gut. Allerdings braucht das Parlament dies auch nicht länger zu tun, denn der Staatspräsident hat das Dekretrecht schon qua Verfassung. Er muss demnach nicht erst ermächtigt werden.

3. Das Parlament hat nicht länger das Recht, kleine Fragen zu stellen und eine Interpellation zu veranlassen.

4. Der Präsident kann autonom den Ausnahmezustand deklarieren.

5. Synchronisierung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Dies bedeutet, dass beide separate Wahlen am selben Tag stattfinden. Anders als in klassischen präsidentiellen Systemen gewährt die Verfassung beiden Organen Neuwahlen auszurufen. Sprich: Der Präsident kann mit einer einfachen Entscheidung das Parlament auflösen, muss sodann sich selber Neuwahlen stellen. Das Parlament kann dies ebenfalls tun, allerdings mit einer 3/5-Mehrheit. In dem 2012er Entwurf lag dies noch bei einer absoluten Mehrheit.

Bevor ich den Wandel darstelle, möchte ich zunächst eine – wahrscheinlich von ihnen nicht

unbedingt vermutete, aber vielleicht erahnte – Kontinuität herausarbeiten. Mit dem Systemwandel wurde nämlich trotz aller Bekundungen, das parlamentarische System abzuschaffen, die parlamentarische Grundlogik beibehalten. Weiterhin entscheidet das Parlament über die Existenz der Exekutive. Anders als sonst, bedarf es in der neuen institutionellen Ordnung einer 3/5-Mehrheit für die Absetzung, gleichzeitig – und das ist auch neu – müssen beide Organe neu gewählt werden. Dies kann demnach per definitionem kein Präsidialsystem sein. Das sollten wir uns vielleicht einfach alle einhämmern. Nur weil Erdogan sagt, es ist ein Präsidialsystem, ist es nicht auch eins. Wenn er von der freisten Medienlandschaft oder der großartigsten Demokratie spricht, glauben und übernehmen wir das ja auch nicht.

Dies ist allerdings auch kein klassisches parlamentarisches System. Der Verfassungsrechtler Kemal Gözler – der erste, der diese Selbstbeschreibung anzweifelt und wissenschaftlich konsequent kategorisiert – spricht von einem „seltsamen parlamentarischen System“. Das stimmt. Es ist seltsam, aber es gibt tatsächlich ein historisches Beispiel für die Regierungsform, nämlich Israel zwischen 1996-2002. In diesem Zeitraum wurde in Israel der Regierungschef direkt von der Bevölkerung gewählt, war aber gleichzeitig vom Parlament abhängig. Sofern das Parlament den Regierungschef aus politischen Gründen abwählte, mussten sich beide einer Neuwahl stellen. Im Unterschied zur Türkei jedoch, hielt Israel weiterhin an der horizontalen Gewaltenteilung und demokratischen Strukturen fest. Allerdings wurde das Regieren u.a. aufgrund des Wahlverhaltens derartig komplex bzw. unmöglich, sodass das Experiment nach fünf Jahren mit drei Wahlen vorzeitig abgebrochen wurde.

Was ändert sich nun in der Türkei konkret?

Zunächst formal. Die Türkische Republik bekommt zum ersten Mal ein System ohne doppelte Exekutive, d.h. es gab immer Regierungschef UND Staatsoberhaupt. Selbst die 1921er Verfassung, die zunächst gar keine Exekutive vorsah, führte durch



eine Verfassungsänderung 1923 beide Ämter ein. Seitdem gibt es diese Einrichtung, die für klassische parlamentarische Systeme zwar typisch ist, allerdings keine notwendige Bedingung darstellt (siehe: Dt. Bundesländer, Südafrika und Botswana). Neben der Aufteilung exekutiver Aufgaben ist der Sinn hinter einem Staatsoberhaupt die Korrektivfunktion. Ohne ein Staatsoberhaupt sind korrigierende Elemente freilich nicht vorhanden. Selbst der machtlose deutsche Bundespräsident weist derartige Möglichkeiten auf. In der neuen Türkei gibt es dieses Amt nicht mehr. Schließlich bedarf es keiner Korrektur der präsidentialen Entscheidungen.

In allen Verfassungen war das Staatsoberhaupt zu einer parteipolitischen Neutralität verpflichtet. Der Präsidentialismus alla Turca bricht ebenfalls mit dieser Tradition. Viele kritisierten diese Bestimmung, allerdings muss der Vorkehrung zu Gute gehalten werden, dass er systemlogisch notwendig ist. Schließlich besteht die Exekutive nur aus dieser einen Person, dementsprechend kann sie gar nicht parteipolitisch neutral sein, weil sie per definitionem politisch zu sein hat.

Bezüglich der Türkei führt hingegen das innerparteiliche Demokratiedefizit zu einem Problem, da der Parteivorsitzende in der Regel die Kandidaten bestimmt und diese in einem krassen Abhängigkeitsverhältnis zu ihm stehen. Weil wir davon ausgehen müssen, dass der Parteivorsitzende der stärksten Partei auch gleichzeitig Präsident des Landes wird, wird die Legislativmehrheit dem Präsidenten dankbar sein müssen aufgestellt worden zu sein. Zu einer Emanzipation der Abgeordneten – wie in klassischen Präsidentsystemen der Fall – trägt dies nicht bei.

Apropos Emanzipation des Parlaments. Entgegen der ersten Äußerungen von AKPlern, die ein US-Präsidentsystem befürworteten, wurde spätestens 2012 deutlich, dass sie von dieser ursprünglichen Forderung abweichen wird. Keine Stärkung der Legislative, sondern eine entfesselte Exekutive. Ebenfalls ein Bruch in der Verfassungsschrift.

Im Endeffekt wird das Parlament zu einem Blinddarm umfunktioniert, denn zwei seiner wichtigsten Kompetenzen wird es beraubt / eingeschränkt: Gesetzgebung und Budgethoheit. Kernaufgabe jedes Parlaments ist es, den Haushalt zu kontrollieren und der Regierung zur Verfügung zu stellen. Die neue Verfassung hingegen entzieht diese Aufgabe dem Parlament. Von nun an darf das Parlament nur Nicken oder Kopfschütteln, wenn die Regierung einen Haushaltsentwurf vorlegt. Lehnt das Parlament ab, kann der Präsident einen neuen Entwurf vorlegen, und falls dieses abermals ablehnt, tritt der Haushaltsplan von zwei Jahren zuvor, den Inflationsraten angepasst, in Kraft.

Bezüglich der Gesetzgebung tritt das Staatsoberhaupt zur Legislative in Konkurrenz, denn der Präsident benötigt nicht länger ein Parlament, um Gesetze zu verabschieden. Dieser kann am Parlament vorbei per Dekret regieren, die Gesetzeskraft erlangen. Somit verlagert sich der Gesetzgebungsort in die Exekutive. Um das Beispiel von vorhin aufzugreifen: Die Funktionslogik des menschlichen Körpers braucht keinen Blinddarm, auch wenn dieser existiert. Die Funktionslogik des politischen Systems in der Türkei braucht kein Parlament, auch wenn dieses existiert. Beide sind im Organismus nicht Systemrelevant. Der Mensch funktioniert ohne Blinddarm und die Türkei würde ohne Parlament funktionieren.

Leider kann ich mittlerweile keinen Vortrag über die Türkei halten ohne den Kronjuristen der NS-Diktatur, den Sauerländer Carl Schmitt, zu zitieren. „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand bestimmt“ schrieb er knapp und leider auch scharfsinnig. Im Kontext des Präsidentialismus alla Turca bestimmt nicht mehr der Staatspräsident in Absprache mit Ministerrat und Parlament über den Ausnahmezustand, sondern der Staatspräsident alleine. Die häufig als polemisch vorverurteilten Beobachtungen eines Ein-Mann-Staates finden hier absolut ihre Berechtigung. Neben der Verfassungs-, Parlaments- und Volkssouveränität entsteht in der Türkei als absoluter Bruch zu ihrer Verfassungstradition seit 1876 auch eine schriftlich fixierte Exekutivsoveränität. <|>



Ziya Pir (ehem. HDP-Abgeordneter)

## Erdogans Außenpolitik: Stabilität oder Konflikt in der Region?

Ich bin froh, nicht mehr ein Teil dieses Blinddarms sein zu müssen. Gleichzeitig ist es für mich ärgerlich, den Namen Karl Schmidt, der begründet hat, warum der Ausnahmezustand zugunsten des Staates notwendig sein soll, hier nochmal hören zu müssen. Was wir in den letzten drei Jahren seit dem Ausnahmezustand nach dem versuchten Militärputsch erlebt haben, geht auch ein bisschen auf den Namen Karl Schmidt zurück. Deswegen bin ich da immer ein bisschen verärgert. Ich möchte Sie aber zunächst begrüßen. Herzlichen Dank, dass Sie so zahlreich erschienen sind. Danke auch an die Veranstalter, die uns ermöglicht haben, hier einige Worte an Sie zu richten. Und entschuldigen möchte ich mich vorher, neun Jahre habe ich nun nicht mehr in Deutschland gelebt. Man vergisst sehr schnell die Sprache, man vergisst sehr schnell Wörter. Vielleicht fallen mir jetzt einige Dinge nicht ein, und ich muss immer ein bisschen nachdenken.

Mein Part heute ist es, über die Außenpolitik Erdogans zu sprechen. Konflikt oder Stabilität? Ich möchte auch etwas geschichtlich anfangen, damit man überhaupt weiß, warum und wie es dazu gekommen ist. Den historischen und internationalen Kontext der türkischen Außenpolitik in Zeiten des Kalten Krieges werde ich Ihnen kurz beschreiben. Man hatte damals als Bündnispartner der Türkei, das heißt NATO, EU und vor allem die USA, einen Anspruch an die türkische Politik und Außenpolitik. Wenn Sie Politikwissenschaften

studieren, können Sie das über die Türkei studieren. Das war zum einen die Stabilisierung des Nahen Ostens. Dies wollte man über die und mit der Türkei zusammen erreichen. Das hört sich gut an, aber es war gleichzeitig ein Instrument, worüber die westlichen Partner, vor allem die USA, die Sowjetunion bespitzeln konnten. Man konnte über Incirlik den Nahen Osten kontrollieren und im Norden der Türkei besonders die Weltraumpolitik und die Aktivitäten der UdSSR sehr gut verfolgen. Wenn man also liest „Stabilisierung des Nahen Ostens“ muss man auch immer ein bisschen über den Kontext nachdenken. Es ist nicht so, dass wenn das Wort Stabilität im Vordergrund steht, es auch wirklich immer das bedeutet.

Das zweite ist, und das ist wichtiger, die Sicherung der Energiezufuhr und die Transittrassen, d.h. Erdöl und Erdgas. Die Türkei befindet sich an einem strategisch wichtigen Punkt. Wir haben den Kaukasus, die Energietrasse. Wir haben um Zypern herum, also südlich der Türkei, Erdgas, wahrscheinlich auch in der Ägäis. Das sind alles Konfliktgebiete.

Das dritte ist ein bisschen in den Hintergrund geraten. Man wollte über die Türkei einen Dialog mit den islamischen Ländern haben und die Türkei als ein Modellland für die islamischen Länder vorzeigen. Das war der Anspruch des Westens an die Türkei.

Um das alles zu erreichen, hat man die Türkei militärisch gut ausgerüstet. Man gab ihnen alles Mögliche. Die USA direkt oder über die Nato. Im Gegenzug hat die Türkei stillgehalten und hatte keine aktive Außenpolitik. Nur einmal sind sie aus der Linie ausgetreten, als sie in den 70ern in Zypern einmarschiert sind. Aber außer Zypern ist nichts Nennenswertes geschehen. Es fand keine proaktive türkische Außenpolitik statt. Man hat dann aus dem Westen heraus die Augen zugeedrückt, wenn die Invasion war. Während des Kalten Krieges gab es drei Militärputsche in der Türkei. Dazu hat man auch geschwiegen. Menschenrechtsverletzungen haben den Westen überhaupt nicht interessiert, Demokratisierung gar nicht. Man hat es zwar immer

wieder beschönigend gesagt, denn Demokratie und Menschenrechte hören sich gut an, aber wenn man nicht dahinter steht und es nicht richtig verfolgt, sind es leider nur Phrasen – und so war es dann.

Ab 1989, also ab dem Zusammenbruch der Sowjetunion gab es die GUS-Staaten. Die Türkei hat damals versucht, Einfluss auf den Kaukasus zu nehmen mit der Begründung, sie hätten kulturelle und sprachliche Gemeinsamkeiten, und da gab es den ersten Konflikt mit Russland. Denn Russland sagt „Das ist mein Hinterland und du hast hier nichts zu suchen. Im Verhältnis zu Iran und Aserbaidschan und den Bevölkerungsschichten in diesen Ländern kamen Konflikte mit dem Iran ab 1989/90. Ich möchte jetzt um meinen Vortrag etwas verständlicher zu machen, doch ein bisschen in die Vergangenheit gehen und den Begriff Misaki Milli hier einmal für die Nichtfachleute verwenden. Vor genau 100 Jahren gab es die sog. Befreiungskriege in der Türkei. Dort hat man mehrere Prinzipien aufgeführt. Eines dieser Prinzipien war Misaki Milli. Das bedeutet für Laien, Gebiete, die die Türkei für sich und die Osmanen beansprucht haben. Das ist einmal im Westen Thrakien, welches heute teilweise der Türkei und teilweise Russland gehört. Im Nordosten Batumi, das ist im heutigen Georgien. Im Süden Halep (Aleppo) und Mosul. Eines in Syrien und das andere im heutigen Irak.

Misaki Milli ist also immer ein Begriff für Neuosmanen. Die Slogans, die man heute in der Türkei immer wieder hört – die gehen eigentlich immer auf Misaki Milli zurück. Den Einfluss der Türkei muss man auch vor diesem Hintergrund sehen. Im Kaukasus, Batumi gibt es immer noch Misaki Milli. Es geht um die Energietrassen, und die westliche Welt hatte sich damals mit der Türkei verbündet und nannte dieses eine strategische Partnerschaft, weil das im Interesse von Europa und der USA natürlich liegt, weil man die Energiezufuhr sichern möchte.

Dann gab es punktuelle Zusammenarbeit immer wieder zwischen der Türkei, dem Iran und Syrien. Und zwar nicht, weil sie sich so sehr mögen,

sondern weil es eine Bevölkerung gibt in diesen Ländern – die Kurden – die vor allem in den letzten Jahrzehnten angefangen haben, sich auf die eigene Identität zu besinnen. Sie haben mehr Selbstbewusstsein erlangt und das ist für einen Staat wie die Türkei ein Unding. Einer meiner Vorredner hat vorhin gesagt, dass man damals bei der Gründung der Türkei gesagt hat, dass in der Türkei nur Türken leben. Alle anderen Religionen, Völker, Ethnien etc. haben sich entweder unterzuordnen oder sind zu assimilieren. Noch bis vor 20-30 Jahren hat man in der Türkei noch gesagt, es gibt keine Kurden. Man hat gesagt, das sind Bergtürken. Es gab also eine Emanzipation der Kurden und deswegen hat die Türkei zeitweise und punktuell mit diesen beiden Ländern zusammen gearbeitet, und da gab es wieder einen Konflikt mit den westlichen Partnern, vor allem mit den USA. Denn wer Bündnispartner der USA ist, darf nicht mit dem Iran zusammenarbeiten, das ist klar.

In den 90er Jahren gab es auch einen Konflikt mit dem Irak, als türkische Elite-Truppen festgenommen wurden mit Säcken über dem Kopf. Das haben die Amerikaner gemacht, aber die Iraker wollten dies, weil die Türkei gedroht hatte, in den Nordirak einzumarschieren. Also gab es schon mit dem Irak Konflikte.

Konflikt und Zusammenarbeit gab es auch mit Russland. Im wirtschaftlichen Bereich hat man eine Pipeline durch das Schwarze Meer zusammen gebaut. Im Bereich Tourismus und im Bereich Bau haben sie sehr gut zusammengearbeitet. Es ist eine sehr komplizierte Gemengelage, was die türkische Außenpolitik angeht. Es gibt gleichzeitig sowohl Zusammenarbeit als auch Konflikt. Die Türkei schießt deren Flugzeug ab, aber es wird weiter zusammengearbeitet, siehe Astana-Gespräche oder Shanghai-Organisation.

Jetzt komme ich zu Erdogans Politik. Wenn ich von seiner Außenpolitik rede, betrifft das den Zeitraum so ungefähr ab 2011/2012 mit Beginn des sog. Arabischen Frühlings. Da beginnt eigentlich ein Bruch mit der türkischen außenpolitischen Tradition. Die passive, nur am Tisch sitzende

Außenpolitik soll jetzt proaktiv werden. Mit dem Arabischen Frühling sind nämlich einige Diktatoren und Regierungen weggefallen und in manchen Ländern, wie z.B. Syrien, entstand ein Machtvakuum, das ausgefüllt werden sollte. Die Kurden haben es versucht und es auch eigentlich sehr gut gemacht. Sie haben sich auf ihre eigene Identität und das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen und haben dort versucht, bestimmte Strukturen aufzubauen. Die Türkei hat daraufhin mit der Begründung Misaki Milli argumentiert und gesagt, sie müsse dort tätig sein. Das ist aber wie wir heute sehen können, nicht gut überlegt gewesen. Ich möchte noch kurz zu den Kurden etwas sagen. Die Kurden leben vor allem in vier Staaten. Im Osten des Iran, im Irak, im Westen von Syrien und der Türkei sind sie aufgeteilt. Man redet von 40 Millionen, und es ist damit ein sehr großes Volk, welches keinen Staat hat. Sie sind immer schon für diese vier Staaten eine Gefahr gewesen. Man wollte nie, dass sie sich auf die eigene Identität besinnen. Was bedeutet es, sich in der Türkei auf die eigene Identität zu besinnen? Und das sage ich hier als Türkei. Die Kurden möchten zwei Dinge haben: Zum einen steht im Parlament hinter uns an der Wand „Egemenlik kayıtsız şartsız milletindir“, also „Die Souveränität gehört dem Volk alleine“. Und da fühlen sich die Kurden nicht angesprochen, denn sie sind nicht Teil des sog. „millet“, weil in der Präambel der türkischen Verfassung ist die Rede von einem türkischen millet und auch in den folgenden Artikeln wird ausschließlich das türkische Volk aufgezählt. Somit sagen die Kurden, dass sie sich als Kurden nicht darin wiederfinden. Zum anderen ist es auch der Wunsch, mit der eigenen Identität als Kurde Teil dieser Gesellschaft zu sein. Und nicht etwa als ein assimiliertes Kurde, nicht als Türke ein Ministerpräsident oder ein/e Geschäftsmann/-frau sein. Dies wird ihnen immer noch verwehrt.

Mit dem Aufbau einer Autonomieverwaltung im Norden von Irak – man sagt auch Südkurdistan – haben die Kurden mehr Selbstbewusstsein erfahren. Mit Rojava und Afrin kam dem nochmal

ein Schub hinzu. Man kam dem Ziel des Selbstbestimmungsrechts immer näher.

Dieses Interesse von 40 Millionen trifft nun auf das Interesse des misaki milli Prinzips der Neo-Osmanen und beide prallen richtig aufeinander. Denn wenn sie von der Türkei aus nach Aleppo gehen wollen, ist es nicht so einfach. Aleppo und Mosul, das sind Vielvölkerstädte. Um nach Aleppo zu gehen, müssen sie durch kurdisches Gebiet, und wenn sie nach Mosul gehen, müssen sie auch durch Kurdistan gehen. Das ist die Kompliziertheit. Entweder muss die Türkei sagen, sie einigt sich mit den Kurden und das misaki milli Prinzip wird mit den Kurden zusammen erreicht. Oder sie sagen, sie gehen über deren Leichen und bekämpfen sie und erreichen dann ihr Ziel. Das ist das, was momentan passiert. Die Idee der Gründungsväter der Türkei war, das hat mein Vorredner gesagt, in der Türkei gab es niemanden außer dem sunnitischen Türken. Also auch nicht den Kurden. Das ist auch der Grund für die Neuwahlen 2015. Diese türkische Idee, die ein bisschen eingeschlafen war, die ist ganz plötzlich aufgewacht. Die HDP hatte ungefähr 13% und hätte Koalitionspartner werden können, was bedeutet, dass sie an der Souveränität hätten teilhaben können. Das war für die Idee der Gründungsväter etwas Tödliches und das durfte nicht sein. Deswegen gab es diese Kriege, deswegen gab es diese Neuwahl und deswegen gibt es die Repression. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg in Afrin vor einem Jahr hat auch darin seinen Ursprung.

Ich möchte mich kurz fassen. Ich war im Auswärtigen Ausschuss des türkischen Parlaments Mitglied, ich war im NATO PA (Parlamentarische Versammlung der NATO) Mitglied und auch im Vorstand und kann daher auch etwas aus Erfahrung erzählen. Die Türkei strebt immer eine Multidimensionalisierung der Instrumente der Außenpolitik an. Das war auch meine Arbeit, wobei ich oft auch dagegen gestimmt habe. Allee Verträge, die mit anderen Staaten geschlossen werden, kamen zu uns in den Ausschuss, und wir mussten darüber debattieren und abstimmen. Dabei haben wir auch diese besagten Instrumente



der türkischen Außenpolitik kennenlernen dürfen. Wenn ich mich zurückerinnere, kann ich sagen, es waren vielleicht 350-400 Verträge, die ich gelesen habe. Die allermeisten sind „harmlos“, da ging es um humanitäre Zusammenarbeit. Diese haben wir auch als HDP durchgewunken. Aber es gab auch sehr viel militärische Zusammenarbeit, zum Beispiel erinnere ich mich noch ganz genau an Djibouti. Viele von Ihnen werden erstmal nachgucken müssen, wo Djibouti ist. Es liegt am Golf von Aden, gegenüber liegt Jemen an einer 20 km Meerenge. Dort wollte die Türkei Soldaten stationieren, weil sie sagt, es ist für sie strategisch wichtig. In den afrikanischen Ländern wurden entsprechend viele Botschaften gebaut und Turkish Airlines fliegt inzwischen sehr viele Punkte in Afrika an, obwohl das gar nicht wirtschaftlich ist. Auch diese Sachen haben wir abgelehnt. Das alles zeigt, dass die Türkei beabsichtigt, sich auch in Afrika auszuweiten. Aber allein der gute Wille reicht eben nicht, man braucht Geld und wirtschaftliche Stabilität.

Um seine Ziele erreichen zu können, muss Erdogan die Allmacht im Staat haben. Das ist die Erklärung für die ganzen Ereignisse der letzten 3-4 Jahre. Die Türkei baut ihre eigene Rüstungsindustrie auf, damit sie unabhängig vom westlichen Einfluss sein kann. So kann man die Multidimensionalisierung der außenpolitischen Elemente zusammenfassen und dazu gehört auch, dass die Türkei ihrer Meinung nach selbstbewusst ist, und den Russen gegenüber z.B. die USA ausspielen möchte.

Was sind die Folgen? Wenn man Recht hat, braucht man auch nicht aggressiv zu werden. Aber Erdogan hat Unrecht, deswegen wird er sehr aggressiv. Wir erinnern uns beispielsweise an den Hitler-Merkel-Vergleich. Er verliert seine freundschaftlichen Beziehungen zum Westen. In der Türkei findet eine Demontage von Demokratie, Menschenrechten und Meinungsfreiheiten statt. Er bricht Völkerrecht. Die Invasion in Afrin ist völkerrechtswidrig. Letztes Jahr zu der Zeit als die Invasion in Afrin bevorstand, war ich in Brüssel auf einer Sitzung von NATO PA. Wir haben uns auch mit dem türkischen NATO-Vertreter getroffen. Dort wurde uns gesagt, sie suchen momentan nach Beweisen, dass von Afrin aus

Angriffe gegen die Tür erfolgt sind. Diese Beweise brauchen sie, weil in der UN-Charta (§51) steht, dass sich die Staaten selbst verteidigen dürfen, wenn sie aus einem Land oder Gebiet mit Waffen angegriffen werden. Es sollte eben ein Angriff stattgefunden haben. Bis heute haben sie hierfür keine Beweise liefern können. Ein Völkerrechtsbruch hat demnach sicher stattgefunden und es ist leider wieder festzustellen, dass Kurden die Leidtragenden gewesen sind. Mit der EU kann man sich immer wieder einigen, das geht auf und ab. Aber wenn in der türkischen Außenpolitik Fehler gemacht werden im Hinblick auf die Kurden bzw. den Süden des Landes, dann sterben Menschen.

<|>



**Dr. Günter Seufert** (*Politikwissenschaftler, SWP*)

## Deutsche Türkei-Politik: Kontinuität vs Neuausrichtung

Das weiß ich nicht, ob ich das alles erklären kann. Ich denke aber, es gibt natürlich wie immer, bei allen Diskussionen verschiedene Perspektiven. Ich denke, und es hat ja hier schon angefangen, dass die Redner sich gegenseitig berichtigen oder kritisieren. Zum Vorredner ganz kurz: Ich meine, dass die Putsche der türkischen Armee vom Westen immer hingenommen worden sind ohne Reaktion, das stimmt einfach nicht. Wenn es diese Putsche nicht gegeben hätte, dann wäre die Türkei heute vielleicht schon Mitglied in der Europäischen Union, genauso wie Griechenland. Der Prozess der Mitgliedschaft beider Länder hat eigentlich gleichzeitig angefangen. Sie haben im gleichen Jahr den Antrag auf Vollmitgliedschaft gestellt. Sie haben im gleichen Jahr Assoziierungsabkommen abgeschlossen und wenn in der Türkei nicht immer wieder gerade die Menschenrechte so große Rückschläge erlitten hätte, wie unter den Putschen, dann hätte es gut sein, können, dass die Türkei gerade in der Zeit des kalten Krieges, als sie eben wichtig war als Bollwerk gegen Sowjet-Russland, schon längst hätte Mitglied der EU sein können.

Das andere, was ich vielleicht sagen will, es ist schon deutlich geworden, die Stiftung Politik und Wissenschaft ist ein Think tank, die vom Kanzleramt finanziert wird, der sich aber nicht berufen fühlt, die

deutsche Politik zu erklären oder zu rechtfertigen oder zu verteidigen. Trotzdem von daher kann ich Ihnen oder will ich Ihnen versichern, dass das, was ich hier erzähle, meine persönliche Einschätzung ist und nicht das, wofür ich bezahlt werde.

Ich denke, dass es eine große Wahrnehmungs- oder Erwartungsdiskrepanz gibt zwischen dem, was hier formuliert worden ist und wofür es natürlich Gründe gibt. Es gibt natürlich Waffenlieferungen von Deutschland an die Türkei, es gibt natürlich eine deutsche Politik, die versucht, mit der Türkei die Fäden nicht abreißen zu lassen und im Gespräch zu bleiben. Und es gibt natürlich gerade in Deutschland sehr heftige Kritik daran. Ich denke aber, um das einschätzen zu können, ein wenig objektiv einschätzen zu können, sollten wir uns bewusst sein, dass es in Europa und vielleicht sogar in der Welt, es gibt auf der Welt keine der Türkei gegenüber kritischere eingestellte Öffentlichkeit als in der Bundesrepublik. Hierfür gibt es Gründe. Es gibt auch keine besser informierte Öffentlichkeit auf der ganzen Welt, was die Türkei betrifft. Ich denke, es hat mit zwei Dingen zu tun. Zum einen damit, dass wir nach 50 Jahren Migration oder über 50 Jahren Migration aus der Türkei in vielen Bereichen natürlich Probleme haben bei der Integration, aber in einigen Bereichen eigentlich doch gar nicht so schlecht dastehen, nämlich vor allem in der politischen Integration. Wir haben Menschen aus der Türkei oder mit türkisch-stämmigem Hintergrund, zweite, dritte oder welche Generation auch immer auf allen politischen Ebenen in Deutschland, von der Kommunalverwaltung in die Länderparlamente, in die Bundesparlamente. Wir haben türkische Journalisten, türkische Akademiker, türkisch meine ich Menschen aus der Türkei, sehr sehr lange und wir haben eine sehr lebendige türkische Zivilgesellschaft, die in sich wiederum natürlich sehr gespalten ist, sehr kritisch ist, sich auch gegeneinander positioniert. Das führt dazu, dass alle politischen Diskussionen in kürzester Zeit, in Sekundenschnelle heute im Internetzeitalter in Deutschland sind und hier auch ausgetragen werden. Ich denke, ein zweiter Grund, warum die deutsche Öffentlichkeit so großes Interesse an der

Türkei hat, ist, dass die deutsche Öffentlichkeit, die deutsche Nation, wenn ich mal sage, über die Migration gezwungen gewesen ist und immer noch gezwungen ist, das ist auch gut so, eigentlich sich über ihr eigenes Deutsch-Sein klar zu werden. Wenn wir davon sprechen über Multikulturalität, wenn wir über doppelte Staatsbürgerschaft sprechen, wenn wir über Asylrecht sprechen, wenn wir sprechen von Integration von Kindern verschiedensprachiger Eltern ins deutsche Schulsystem, wenn wir von der Rolle der Religion in Deutschland sprechen, wenn wir von der Rolle der Integration des Islam in Deutschland sprechen. Das, was die AfD in dem völkischen Diskurs, die Gefahr der Umvolkung, die Gefahr der Islamisierung nennt, all diese Fragen hat die deutsche Öffentlichkeit anhand der türkischen Migration eigentlich diskutiert. Wir haben immer wieder, wenn es um den Islam ging, in die Türkei geschaut, wenn wir über Sprachen, Politik geguckt haben, haben wir uns immer mit der stärksten, der größten Einwanderergruppe und mit der Einwanderungsgruppe, die am sichtbarsten war, bis zur großen Aufnahme der Flüchtlingswelle 2015/2016 immer auf die Türken geschaut. Wenn wir die Zustände in der Türkei diskutiert haben, haben wir immer auch uns selbst diskutiert, uns selbst vergewissert und versucht, uns selbst neu zu definieren. Ich denke, was wir da erlebt haben in Deutschland ist die Herausforderung, vor der alle industrialisierten Gesellschaften stehen in Zeiten der Globalisierung. Aber wir haben diese Herausforderungen in gewisser Weise abgearbeitet an der türkischen Migration.

In Frankreich hat man das mehr im Hinblick auf den Maghreb gemacht, in England mehr im Hinblick auf die Einwanderer aus Bangladesch, aus Indien. Aber wir haben das hier gemacht.

Ich denke, das ist eine globale Herausforderung, dass Nationen ihre enge ethnisch-kulturelle Definition aufbrechen müssen. Das haben wir erlebt über Migration, erleben die europäischen Länder über Migration. Vor dieser gleichen Frage steht natürlich auch die Türkei, die mit dieser überkommenen nationalistischen Definition der

Nation, wonach nur Türken und am besten auch nur noch Sunniten Teil des Souveräns sind und alle anderen, die nicht in diese Kategorie passen, eigentlich eingeschränkte politische, eingeschränkte kulturelle Rechte, in gewisser Weise auch eingeschränkte wirtschaftliche Rechte haben. Dass das auf Dauer nicht trägt, da geben ich dem Vorredner, dem ersten vollkommen recht. Wir müssen uns mit diesem Ende des Nationalstaates befassen. Die Türkei muss es machen, weil es eine ausdifferenzierte unterschiedliche autochthone Bevölkerung gibt. Das ist der Rahmen, das ist ein Rahmen, ein wichtiger Rahmen für die deutsch-türkischen Beziehungen. Wenn wir jetzt auf die aktuelle Situation kommen oder auf die Situation der letzten Zeit, dann sehen wir, meiner Meinung nach und die Moderatorin hat es ja gesagt, es gibt Anlässe für schärfere Kritik oder für schärfere konfrontative Politik der Bunderegierung der Türkei gegenüber. Ganz richtig gesagt, es gab diese Äußerungen von Herrn Erdogan, der Frau Merkel mit Nazis oder mit Nazi-Praktiken festgestellt hat in der deutschen aber ich glaube auch in der holländischen Politik. Es gab die Verurteilung oder die Festnahme, Inhaftierung von deutschen Staatsbürgern. Wir wissen, dass die Bundeswehr im Rahmen ihres Einsatzes gegen den IS aus Incirlik ausziehen musste und nach Jordanien umziehen musste. Es gab eine ganze Reihe von Konflikten. Diese Konflikte in den deutsch-türkischen Beziehungen in den letzten Jahren haben eigentlich ein Stück weit angefangen aus dem Grund oder angefangen damit, dass die deutsche Politik oder das die deutschen Parteien die gewaltigen Rückschritte was Rechtsstaatlichkeit, was Schutz von Menschenrechten und Demokratie in der Türkei betraf, ihre Kritik an der Türkei sehr sehr deutlich vorgebracht haben. Ich denke, dieser Rückschritt war dann auch ein Grund dafür, dass 2016 der Bundestag gegen den Willen der Regierung die Resolution zum Völkermord an den Armeniern beschlossen hat, damals gegen den Willen der Regierung. Dies ist möglich geworden über einen Schulterchluss oder eine Kooperation der Grünen mit der CDU, wo vorher die CDU eben nicht bereit gewesen wäre, das zu tun. Das hatte schon die

aufgeheizte Atmosphäre zwischen Türkei und Deutschland widergespiegelt, weil im Jahr vorher, zum 100. Jahrestages des Völkermordes der Armenier, hatte eine Reihe von Ländern in Europa aber auch in Lateinamerika die Vorgänge damals als Völkermord anerkannt, aber Deutschland nicht. Es war dann im 101. Jahr und das war schon Ausdruck dieser Krise. Wir haben dann gesehen, dass die Krise weiter gegangen ist zwischen den beiden Staaten. Wir hatten in Deutschland Auftrittsverbote türkischer Politiker im Rahmen des Verfassungsreferendums vom April 2017. Es gab solche Auftrittsverbote nicht in Frankreich oder auch nicht in England.

Wir hatten die teilweise in Holland und teilweise fast durchgängig in Deutschland. Wir hatten strafrechtliche Ermittlungen gegen Imame des Dianet. Auch die gab es z.B. in Holland nicht. Wir hatten eine Stellungnahme des Präsidenten des BND, des Bundesnachrichtendienstes, der gesagt hat, er sieht keine Verstrickung der Gülenisten im Putsch. Auch das hatten wir von den Chefs der Nachrichtendienste anderer europäischer Nachrichtendienste nicht. Deutschland war das Land, das sich am stärksten und an vehementesten dafür eingesetzt hat, dass die Beitrittsgespräche blockiert werden, dass keine neuen Kapitel eröffnet werden. Deutschland ist auch das Land, zusammen mit Österreich, das sich am stärksten dagegen wehrt, dass die Zollunion mit der Türkei neu verhandelt und ausgeweitet wird. Sie wissen, wir haben seit den 90er Jahren eine Zollunion mit der Türkei als Europäische Union, die Industrieprodukte umfasst, aber eben keine landwirtschaftlichen Produkte, keine Dienstleistungen und keine öffentliche Auftragsvergabe. Die Türkei möchte das gern ändern. Wir haben Druck auf die Europäische Kommission von Seiten der Bundesregierung, dass festgestellt werden soll, ob die Türkei denn überhaupt noch die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt, die Voraussetzung dafür, dass die Beitrittsgespräche weitergehen. Wir sehen, dass der europäische Rat, also das höchste Gremium der europäischen Union, am 20.06.2018 beschlossen hat, dass es keine weitere Eröffnung neuer Kapitel

gibt und keinen Nachverhandlungen der Zollunion, solange sich in der Türkei die Zustände nicht bessern, und es ist ganz klar Ausfluss deutscher Politik. Es ist nicht ganz allein Ergebnis deutscher Politik, aber sie hat daran wesentlich mitgewirkt.

Was daran spannend ist: Warum hat die Bundesregierung, ich glaube es war im September 2018, Herrn Erdogan empfangen und hat versucht dann letzten Endes doch wieder die Wogen zu glätten? Ich denke ein Grund dafür war, dass wir festgestellt haben, es gab natürlich eine Reihe von Gründen, ein Grund dafür war, dass der Streit tatsächlich aufgrund der Verschlechterung der politischen, menschenrechtlichen und rechtsstaatlichen Situation in der Türkei begonnen hat. Dass wir, die deutsche Seite, den Streit begonnen hat, mit dem Ziel, in der Türkei etwas zu verändern. Das Ergebnis dieser konfrontativen Politik war, ob uns das gefällt oder nicht, dass wir letzten Endes versucht haben oder Lobbying betreiben mussten, dass deutsche Staatsbürger aus türkischen Gefängnissen entlassen worden sind. Das heißt diese Politik hat relativ wenig Erfolg gezeigt.

Was auch deutlich geworden ist, ist, dass die Bundesregierung in dieser konfrontativen Politik der Türkei gegenüber relativ wenig oder fast keine Unterstützung bekommen hat. Innerhalb der NATO, als die deutschen Soldaten aus Incirlik abziehen mussten, ist das innerhalb der NATO nicht zum Problem gemacht worden. Andere NATO-Mitglieder haben gesagt, das ist eure bilaterale [Angelegenheit], wobei die NATO sich als Bündnis demokratischer Staaten versteht, die die Menschenrechte achten, wo es also auch Möglichkeiten oder eine Plattform gegeben hätte, mit der Türkei anders umzuspringen als es passiert ist. Innerhalb der Europäischen Union, ich habe es schon gesagt und ich glaube es wirklich, gibt es keine Regierung, die konfrontativer mit der Türkei umgegangen ist. Wir sehen einfach, dass die Mitgliedsländer der Europäischen Union, wenn es um die Türkei geht, unterschiedliche Interessen haben. Wir haben eigentlich drei Gruppen. Auf der einen Seite sind die Länder, wie die Bundesrepublik,



die große Migration aus der Türkei aufgenommen hat, wo es eine kritische Öffentlichkeit gibt, wo man ein Stück weit Türkei-kritisch eingestellt ist, auch weil man wie am Beispiel DITIP oder UTD befürchtet, dass die Türkei praktisch den Integrationsprozess noch weiter erschwert, dass sie letzten Endes versucht, Migrationsgruppen zu manipulieren oder sie als Hebel gegen die lokalen Regierungen einzusetzen. Es gibt noch zwei andere Grippen. Das eine sind die Südländer, Italien, Spanien und Portugal, wo es einen solchen Diskurs überhaupt nicht gibt, solch einen innenpolitischen Diskurs und wo man die Türkei vor allen Dingen als Handelspartner sieht. Und wir haben natürlich einige osteuropäische Staaten, vor allem Polen, die die eigentliche Bedrohung für ihr Land im Osten sehen, bei Russland sehen und von daher große Angst davor haben, dass die Türkei aus der NATO ausscheren könnte und von daher keine Schritte mitträgt, die der Türkei gegenüber konfrontativ sind. Es ist sehr sehr schwer innerhalb der Europäischen Union, so etwas wie eine gemeinsame Türkeipolitik zu etablieren. Wir sehen ja, dass es diese gemeinsame Türkeipolitik nicht gibt. Wir hatten in den letzten 10-15 Jahren keine gemeinsame Erweiterungspolitik, wir hatten keine gemeinsame Zypernpolitik, wir hatten keine gemeinsame Flüchtlingspolitik, sondern in all diesen Politikfeldern war es nicht möglich innerhalb der Europäischen Union, eine gemeinsame Linie zu finden. Ich denke, dass das auch ein wichtiger Grund dafür ist, dass die Bundesregierung im Sommer 2018 gesehen hat, gesagt hat, man muss mit diesem Land in irgendeiner Form zusammenarbeiten. Ein Grund war auch der Ausgang der Wahl am 24. Juni 2018, die deutlich gemacht hat, dass die Opposition in der Türkei in der nächsten Zeit keine Möglichkeit hat, die Regierung zu übernehmen. Man muss also mit der jetzigen Regierung verhandeln. Und natürlich, es wäre absurd, es zu leugnen, natürlich geht es um handfeste Wirtschaftsinteressen. Die Türkei ist Teil der deutschen Wirtschaftskette, d.h. die deutsche Industrie hat massiv in der Türkei investiert und gerade was die Automobilzulieferungsindustrie betrifft, ist die Türkei ein wichtiger

Produktionsstandort, wo man nur schwer riskieren kann, dass aufgrund politischer Verwerfungen die Lieferketten ausfallen. Wir sind auch abhängig von der Türkei in anderen Sachen. Wir sind abhängig von der Türkei in der Flüchtlingskrise. Das mag einem gefallen oder nicht, aber es gibt diese Politik und es gibt große Angst in Berlin, dass die Türkei diese Zusammenarbeit einstellen könnte. Wir sind angewiesen auf die Türkei auch im Sinne der Zusammenarbeit der Geheimdienste. Gerade, wenn der Islamische Staat in Syrien besiegt ist, gibt es Berichte, dass viele dieser fremden Kämpfer in die Türkei gegangen sind und über die Türkei in die europäischen Länder kommen könnten. In der Zeit der mehr oder weniger konfrontativen Politik der Bundesregierung hat es über mehr als ein Jahr so gut wie keinen Austausch, was ich gehört habe, ich selber habe keinen Zugriff zu diesen Sachen, von Geheimdienstinformationen gegeben. Das heißt es gibt eine Reihe von Gründen, die Deutschland zwingt, sich mit der Türkei in irgendeiner Form ins Benehmen zu setzen. Angesichts dessen denke ich, da war es nicht erstaunlich, dass Erdogan im September 2018 hier war. Es war eigentlich eher erstaunlich, wie offen trotzdem an ihm Kritik geübt worden ist. Und dass er das eingesteckt hat. Er hat das natürlich eingesteckt, weil er auf Investitionen hofft, weil er hofft auf ... [Einwurf aus dem Publikum/Podium: Waffenlieferungen]. Waffenlieferungen auch ja. Aber auch angesichts der Finanzkrise auf weitere Investoren, sei es in der produktiven Branche oder in der Finanzbranche.

Das Bild, was ich sehe ist, ich sehe noch etwas Zweites. Ich sehe, da kommen wir wieder auf die Europäische Union, auf ihre Mitgliedsländer, ich sehe eine bedenkliche Situation, in der die großen Staaten, also Großbritannien, Frankreich und die Bunderepublik, die auf der bilateralen Ebene eigentlich versuchen, mit der Türkei wieder ins Geschäft zu kommen. Wie gesagt, Wirtschaftsbeziehungen, Finanzbeziehungen, keinen Stopp der Hermes-Kredite, keine Einschränkung der Hermes-Kredite. Neue Arbeitsgruppen werden gegründet, wie man wirtschaftlich zusammenarbeiten kann, was jetzt

die deutsche Seite betrifft. Die englische Seite ist sehr stark interessiert, noch stärker als die deutsche, an Rüstungslieferungen. Auf dem Höhepunkt des Streits zwischen Deutschland und der Türkei war der englische Außenminister Boris Johnson damals in der Türkei und hat sofort wieder Verträge für die gemeinsame Produktion von Kriegsflugzeugen unterschrieben. Und natürlich die französische Seite, die ebenfalls große wirtschaftliche Interessen in der Türkei hat, die aber als eine Macht, die im Nahen Osten viel präsenter ist als die Bundesrepublik, es sich auch mit der Türkei nicht gänzlich verderben will, wenn es darum geht, ob man in Syrien zusammenarbeiten kann oder nicht. Die großen europäischen Länder versuchen, sich auf der bilateralen Ebene von Staat zu Staat mit der Türkei ins Benehmen zu setzen, aber die wertorientierte Dimension von Außenpolitik, wie es heißt, nämlich Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, dass das auf die Ebene der Europäischen Union abgeschoben wird. Dann sagt man eben, wie gesagt, der Europäische Rat entscheidet dann, es gibt keine neue Eröffnung von Kapiteln, keine Nachverhandlungen der Zollunion und es wird auch keine Visa-Freiheit geben. Das heißt all die Probleme und Gegenstände, die auf einer europäischen Ebene verhandelt werden, schaut man eher auf Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, da hofft man noch, letzten Endes noch einen Hebel auf die Türkei zu haben oder einen Hebel über der Türkei zu haben, damit sie ihre Innenpolitik ändert und auf der bilateralen Ebene versucht man letzten Endes, business as usual zu machen. Das kann man kritisieren, ich denke, dass muss man auch kritisieren, auch nicht unbedingt aus moralischen Erwägungen heraus, sondern ich denke, das wird sich auch irgendwann totlaufen, weil irgendwann wird die Türkei mehr einfordern und sie hat Druckmittel der Europäischen Union gegenüber und auch der Bundesrepublik gegenüber. Ich denke, wenn man versuchen will, auf die Türkei einzuwirken, dann kann man das nur auf einer europäischen Ebene, weil der Streit auf einer bilateralen Ebene wirklich wenig bringt, denn der Grund dafür, dass die Europäische Union heute so wenig

Einflussmöglichkeiten hat, ist genau, dass wir die Beitrittsverhandlungen haben stocken lassen. In dem Augenblick, wo der Beitrittsprozess stockt, wo klar wird, dass die Türkei eigentlich am Sankt Nimmerleinstag, also eigentlich nie Mitglied der Europäischen Union wird, in dem Augenblick, wo ich das Zuckerbrot wegnehme, habe ich der Türkei gegenüber kein Druckmittel in der Hand. Von daher denke ich, es war falsch, dass wir den Beitrittsprozess haben einfrieren lassen, weil der Beitrittsprozess automatisch ein Machtgefälle konstruiert. Da ist die Europäische Union, die etwas verlangen kann und die Türkei, die etwas geben muss. In dem Augenblick, wo dieser Prozess aufhört oder sich festfährt, stehen sich zwei Staaten auf gleicher Ebene, auf gleicher Augenhöhe gegenüber und es ist fraglich, was es denn noch gibt, was wir einsetzen können.

Ich weiß, ein letztes Wort vielleicht zu Waffengeschäften, Waffenlieferungen. Es ist eine moralische Frage. Wir müssen aber auch sehen, in Zeiten, in denen der Kalte Krieg vorbei ist, auch wenn es neue Konflikte mit Russland gibt, dass es heute gar nicht mehr so leicht ist, jemanden durch die Hinderung, dadurch das man sagt, ich verkaufe dir keine Waffen, zu einer Politikänderung zu zwingen. Schauen sie sich den Streit der Türkei mit den USA an, der Streit um die S400. Es gibt heute chinesische Waffen, es gibt, wie gesagt russische Waffen, es gibt eine ganze Reihe von koreanischen Waffen.

Die Türkei entwickelt ihre eigene Rüstungsindustrie, was auch gesagt worden ist, um vom Westen unabhängig zu sein. Die Zeit, in der die russische Bedrohung für die Türkei in ihrer eigenen Wahrnehmung nicht mehr existent ist, nicht mehr in diesem Rahmen existent ist, wie das im Kalten Krieg war, in solchen Zeiten ist es äußerst schwer, als einzelner Staat Druck auf ein Land auszuüben und wirklich zu glauben, es zu einer Änderung seiner Politik zwingen zu können.

<|>



**Ramazan Mendanlioglu**  
(Politikwissenschaftler, Universität Hamburg)

## Die demokratische Autonomie als Blueprint neuer Demokratien

Auch stark komprimiert, ist es unmöglich, in 20 Minuten das vorstehende Thema in seiner

Essenz und ganzen Tragweite darzulegen. Eine kohärente Darstellung kommt nicht ohne einen historischen und theoretischen Bezug aus. Daher folgt zunächst eine sehr grobe theoretische und historische Einleitung. Anschließend gehe Ich zum Empirischen über. Ich werde versuchen, die Elemente und Mechanismen herauszuarbeiten, die die Demokratie und Demokratisierung im weitesten Sinne befördern und ermöglichen sollen. Im Ergebnis sollte deutlich werden, wie das Modell der Demokratischen Autonomie als eine nicht-separatistische Lösung der Demokratie- und Kurdenfrage in der Türkei dienen kann.

### Demokratie in der Krise – die Lösung der Krise ist die Demokratie

Seit den 1970er Jahren, vor allem aber nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus, begannen Theoretiker und Denker der meist kritischen Wissenschaftsströmungen eine Neubewertung der Konzepte des Sozialismus und der Demokratie vorzunehmen.

Im Mittelpunkt stand die Überwindung der klassisch marxistischen Ansätze wie Staat, Partei und Klasse und die Entwicklung von alternativen Konzepten,

welche „Politik jenseits von Staat, politische Organisation jenseits von Partei und politische Subjektivität jenseits von Klasse“ ermöglichen sollten.

Es wird dabei zwischen zwei grundlegenden theoretischen Konzepten der Demokratie als Herrschafts- und Gesellschaftsmodell unterschieden. Zum einen die repräsentative Demokratie, welche viele Autoren als ein unfertiges Projekt betrachten, und zum anderen die radikale Demokratie, die sich durch eine breite Bürgerbeteiligung auszeichnet.

In der repräsentativen Demokratie vollzieht sich die „Herrschaft des Volkes“ mittels der Repräsentation der vielen durch wenige. Durch Wahlen wird die Souveränität und der Wille der Gesellschaft hauptsächlich auf eine unitäre Entität wie ein Parlament, eine Regierung oder einen Präsidenten in einem Staat übertragen.

Die radikale Demokratie unterscheidet sich von der repräsentativen im Wesentlichen durch eine Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse und ihrer Übertragung auf die organisierte Bevölkerung. Sie hat im Gegensatz zur repräsentativen Demokratie eine Wirkungsrichtung von unten nach oben.

### Die Radikaldemokratie der kurdischen Bewegung: Demokratischer Konföderalismus

Die anfänglich zentral marxistisch-leninistisch geprägte und stalinistisch geformte PKK um die Person Abdullah Öcalan durchlief im oben erwähnten Kontext – maßgeblich aber ab den 2000er Jahren – einen tiefgreifenden politischen Wandel.

Diese bereits in den 1990er Jahren begonnene politische wie organisationale Neufundungsphase kulminierte mit den in Haft verfassten Verteidigungsschriften Öcalans zum Paradigmenwechsel. Man verwarf das Ziel der Gründung eines kurdisch-sozialistischen Nationalstaates, stattdessen wurde das Selbstbestimmungsrecht der Kurden als ihr Recht

auf den Aufbau einer eigenen nicht-staatlichen, radikalen Demokratie definiert.

Das radikaldemokratische Modell der kurdischen Bewegung hat den Namen Demokratischer Konföderalismus und folgende Teilkonzepte.

### **Demokratische Nation**

Das Konzept der Demokratischen Nation kann als die ideologische Facette des Demokratischen Konföderalismus betrachtet werden. Es ist eine Konstruktion eines Nationskonzepts, welche nicht wie bekannte Nationalismen auf eine gemeinsame Sprache, Kollektivgeschichte oder Abstammung basiert und an Staatlichkeit gekoppelt ist, sondern auf gemeinsam geteilte demokratische Werte im Lokalen und Regionalen. Unter dem Schirm der Demokratischen Nation können unterschiedliche Sprachen, Nationen oder andere kollektive Konstrukte wie auch individuelle Identitäten gleichgestellt versammelt sein. Kurz gesagt dient das Konzept zur Einheit der Verschiedenen auf Basis kognitiver Strukturen und versucht die Loslösung der Nation wie wir sie kennen von Staatlichkeit, ferner die Überwindung ihrer homogenisierenden und exklusivistischen Merkmale.

### **Demokratische Autonomie**

Das Modell der Demokratischen Autonomie zeichnet die kommunale und rätedemokratische Selbstverwaltung der Menschen und Gruppen in einer Region vor. Sie hat einen regionalen und organisatorischen Charakter. Bei den Kommunen und Räten der Dörfer, Städte und Regionen bis hinzu denen der Kantone liegt die Entscheidungskompetenz über diverse Felder. Sie impliziert eine umfassende kulturelle, politische, ökonomische wie rechtliche Selbstverwaltung. In ihr sind unter anderem Frauen und die Jugend, sowie ethnische und religiöse Gruppen mit eigenen Organisationsstrukturen aufgestellt.

### **Demokratischer Konföderalismus**

Der Demokratische Konföderalismus wiederum kann als die vertikale Verlinkung der horizontal

aufgestellten demokratisch-autonomen Regionen verstanden werden. Er bedeutet den übergeordneten Zusammenschluss der verschiedenen Regionen auch innerhalb eines Staates und bestehender Grenzen und behandelt als Dachorganisation allgemeine und alle Regionen betreffende Angelegenheiten.

Zum Demokratischen Konföderalismus ist noch wichtig zu erwähnen, dass Öcalan und die kurdische Bewegung die kurdische Frage auf das Fehlen der Demokratie im weitesten Sinne zurückführen und den Demokratiemangel selbst ursächlich mit der patriarchalen Unterdrückung der Frauen begründen. Daher ist die Geschlechtergerechtigkeit eine zentrale Säule und ein Instrument des Demokratischen Konföderalismus: Der beidseitige Prozess - Frauenbefreiung und gesellschaftliche Demokratisierung - soll sich mittels der Loslösung von staatlich-patriarchaler Beschaffenheit der Gesellschaft sowie der Etablierung egalitärer Strukturen durch die Aufstellung von fraueneigenen Institutionen in allen relevanten Gesellschaftssphären realisiert werden.

Soweit der theoretische und historische Teil.

### **Empirie**

Für meine soziologische Studie über die Wechselwirkungen von Struktur und Handeln bzw. theoretischer Zielsetzung und Alltagspraxis in Nordsyrien war ich im letzten Sommer in der Kleinstadt Amûdê im Nordosten Syriens. In Amûdê sind alle relevanten Elemente und Strukturen des Demokratischen Konföderalismus vorhanden. So konnte ich am Beispiel einer Stadt viele Aspekte meiner Forschungsfrage untersuchen, wobei die Kommunen und ihre prozessualen Verflechtungen mit den anderen Entitäten im Zentrum der Betrachtung lagen.

### **Wahlen**

Ein Jahr nach dem Beginn des Arabischen Frühlings begannen die syrisch-kurdischen Akteure der



kurdischen Bewegung wie z. B. die PYD, Tev-Dem und die syrisch-kurdische Frauenbewegung Kongreya Star ab 2012 die Bevölkerung zu organisieren und Übergangsstrukturen wie Kommunen und Räte aufzubauen. Der Aufbau des Gerüsts der Demokratischen Autonomie wird seitdem schrittweise vollzogen.

2014 deklarierten die drei Kantone – Afrin – Kobane und Cizîrê – ihre Autonomie. Um die faktische Situation demokratisch zu legitimieren, wurden verschiedene Wahlen durchgeführt.

Am 22. September 2017 fanden die Wahlen zu den Ko-Vorsitzenden der Kommunen und anschließend am 1. Dezember die Wahlen zu den Stadt-, Regions-, und Kantonsräten statt. Die dritte und letzte Stufe der Wahlen zu den konföderalen Strukturen wie den Volkskongress konnten aufgrund der krisenhaften Situation, vor allem wegen dem Krieg in Afrin nicht durchgeführt werden. Eine gänzliche, durch Wahlen legitimierte Strukturierung aller politischen Einheiten der Selbstverwaltung steht noch aus.

Die politische Struktur bzw. der Systemwechsel war also bereits vollzogen, die Wahlen sollten zum einen die aktiven Akteure bestätigen oder austauschen. Zum anderen können sie als eine Maßnahme zur Stärkung der Legitimität und der Inklusion weiterer Teile der Gesellschaft betrachtet werden. Die Wahlbeteiligung lag laut Angaben der Hohen Wahlkommission bei ca. 70 Prozent.

### **Wahlen zu den Ko-Vorsitzenden der Kommunen**

Sowohl das passive als auch das aktive Wahlrecht galten nur für KandidatInnen und WählerInnen der jeweiligen Kommune, d. h. es konnten sich lediglich BewohnerInnen der jeweiligen Kommune zur Wahl stellen und von BewohnerInnen der jeweiligen Kommune gewählt werden. Parteien und Parteipolitik haben dabei kaum eine Rolle gespielt, weil die kommunale Tätigkeit alltägliche Basisarbeit betrifft, die sehr unabhängig von parteipolitischen Linien ist. Die Ko-Vorsitzenden in den Kommunen haben sehr oft gar keine parteipolitische Erfahrung oder Positionierung.

Die Kriterien der Wahlberechtigung waren ein Mindestalter; die KandidatInnen durften keine Mitglieder militärischer Strukturen sein sowie keine Vorstrafen haben. Sie sind mit einem zweijährigen imperativen Mandat ausgestattet und haben die Aufgabe, Kommissionsmitglieder zu ernennen und diese zu koordinieren. Gängige Kommissionen gibt es für die Bereiche Gesundheit, Sicherheit, Kultur, Bildung, Frauen oder Recht.

Viele KandidatInnen wurden aufgrund der großen Verwandtschaft oder Netzwerks im eigenen Wohnviertel gewählt, andere wurden aufgrund ihrer Beliebtheit vorgeschlagen. Unter ihnen sind sowohl Menschen die der kurdischen Bewegung nahe stehen, als auch Aktive, und diese bilden die Mehrheit, die keine Nähe zur PYD oder politischen Bewegungen hat.

An dieser Stelle wird meines Erachtens ein wichtiger Punkt bzgl. der gesamtgesellschaftlichen bzw. hegemonialen Etablierung der Demokratischen Autonomie in Nordsyrien angesprochen: Mit der umfassenden Etablierung der einzelnen Strukturen der Demokratischen Autonomie transzendierte sich das Modell von einer Partei oder sozialen Bewegung hin zu einem hegemonialen System. Übrig geblieben sind zum einen Abdullah Öcalan als ideologischer Bezugspunkt, dessen Bilder in jedem Zentrum der Kommunen zu sehen sind, und zum anderen die Bilder der vielen Gefallenen, deren Lebenseinsatz als ein Opfer für die gesellschaftliche Freiheit und die damit verbundenen Errungenschaften wie die Kommunen und Räte verstanden wird.

### **Ratswahlen**

Bei den Ratswahlen handelte es sich um eine Mischung aus Verhältnis- und Persönlichkeitswahl, bei der sowohl zwei Listen, die mehr als 20 Parteien umfassten, als auch unabhängige KandidatInnen angetreten sind. Die Sitzzuordnung wurde mittels des für kleinere Parteien vorteilhaften Hare-Niemeyer-Verfahren vorgenommen. Außerdem bestand eine Quotierung für die paritätische Geschlechterzusammensetzung, für Jugend-

Vertretung und die religiösen und ethnischen Minderheiten.

Die Liste Demokratische Nation, welche neben der PYD 17 andere und nicht-kurdische Parteien umfasste, hat die Wahlen mit 92 % der Sitze deutlich gewonnen. Diese Liste ist sozusagen als Vertreterin der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse angetreten, das macht unter anderem ihr Name deutlich. Die zweite, eher kurdisch-nationalistische Liste bestehend aus 5 Parteien, erlangte 3 Prozent der Sitze, die restlichen 5 Prozent gingen an unabhängige Kandidatinnen.

Der Erfolg des Blocks um die PYD geht meiner Meinung vor allem auf die Errungenschaften zurück, welche im Zuge des Bürgerkriegs aufgebaut wurden. Es geht den Menschen trotz Krieg und Krise in vielerlei Hinsicht wesentlich besser als zur Zeit unter dem Assad-Regime. Es herrscht seit der Revolution eine ökonomische, kulturelle und politische Freiheit. Damit verbunden ist die dortige Gesellschaft zudem von der korrupten und despotischen Herrschaft des Assad-Regimes befreit worden. Schließlich kommt der wichtige Aspekt der Sicherheit hinzu. Die YPG und YPJ, welche sich auch als Verteidiger des Demokratischen Konföderalismus verstehen, konnten verhindern, dass beispielsweise Amûdê unter die Herrschaft islamistischer Gruppen geriet.

### **Die Selbstverwaltung der Kommune**

Die Stadt Amûdê ist in vier Stadtteile eingeteilt, die zusammen 31 Kommunen ausmachen. Jede Kommune umfasst ca. 100 bis 250 Haushalte. Ein bis vier Kommunen teilen sich jeweils ein Komîngêh. Ein Komîngêh ist die Lokalität bzw. das Zentrum der Kommunen. Ich habe vier Komîngêh bzw. 12 Kommunen untersucht.

Sowohl die Kommissionen als auch die anderen ideellen und praktischen Säulen sind weit vom Ideal einer sich selbst versorgenden, verwaltenden und verteidigenden Kommune entfernt. Gleichzeitig verfügen sie bereits über eine nennenswerte vielschichtige Selbstverwaltung.

### **Zwei Typen von Prozessen und Tätigkeiten der Kommune**

#### **Die Kommunen vollziehen zwei grundlegende Typen von Prozessen und Aufgaben.**

Zum einen laufen sehr viele alltagspraktische und verwaltungstechnische Dinge über die Kommune. Die Logistik-Kommission kümmert sich um die Verteilung von Gas, Strom, Wasser oder Hilfsgütern. Des Weiteren umfasst der erste Typ auch die meisten bürokratischen Aspekte. Will man oder frau z. B. heiraten, das Kind einschulen, ein Haus bauen, den Hof ausbauen oder Strom verlegen, dann laufen die ersten Schritte über die Kommune, welche die nötigen Dokumente erstellt und die weiteren institutionellen Wege eröffnet.

Hier kann von einer Dezentralisierung der Verwaltungsmacht gesprochen werden.

Der zweite Typus beinhaltet die rechtliche, soziale und soziopolitische Arbeit der Kommunen. Die Aktiven gehen in die Haushalte und Familien, machen frauenspezifische Arbeit und veranstalten Volkssitzungen oder Bildungsmaßnahmen. Die Friedens-Kommission schlichtet soziale Streitigkeiten, die meisten gesellschaftlichen Konflikte löst die Kommune selbst. Schafft sie das nicht, wird der Fall an die nächsthöhere Ebene geleitet.

Auch hier wird ein Prozess der Dezentralisierung erkenntlich: Nämlich die Dezentralisierung des Rechtssystems.

Beide Typen zusammen gedacht, ergibt ein Ganzes, dass sich tendenziell sowohl materiell als auch immateriell selbst verwaltet.

All diese Phänomene werden von Alltagsmenschen aus derselben Nachbarschaft in einer Alltagssprache realisiert. Ich spreche diesbezüglich von der Vergesellschaftung gewisser machtpolitischer sozialer Praktiken, welche zuvor nur in einem elitär-staatlichen Feld vorgenommen wurden.

### **Der Stadtrat von Amûdê (und Umland)**

Der Stadtrat von Amûdê mit seinen Kommissionen ist sozusagen das Bindeglied und der Knotenpunkt aller in der Stadt existenten Entitäten der Selbstverwaltung. Er ist mittels regelmäßiger Sitzungen in Kommunikation mit vielen Akteuren und Institutionen. Alle wichtigen Einheiten sind ihm rechenschaftspflichtig und müssen monatliche Berichte abgeben. Diese gibt der Stadtrat zusammengefasst nach oben an die kantonale Ebene weiter. Schließlich ist der Stadtrat, allen voran die Ko-Vorsitzenden, Vermittler bei Problemen und Konflikten, die zwischen Institutionen und / oder in der Stadt auftreten.

In ihm sind sowohl Vertreter von Minderheiten – in Amûdê sind es ein Jeside, ein Assyrer und mehrere AraberInnen - als auch Mitglieder anderer Parteien und unabhängige Personen vertreten. Diese sind im Zuge der eben erwähnten Wahlen gewählt worden und ebenfalls mit einem zweijährigen imperativen Mandat ausgestattet.

Im Gegensatz zu einer Koalition in einer repräsentativen Demokratie werden die einzelnen Bereiche oder Ministerien, dort Kommissionen genannt, nicht zwischen den gemeinsam verwaltenden Parteien aufgeteilt, sondern es besteht eine Verteilung der gewählten Personen in die jeweiligen Kommissionen. So werden die jeweiligen Segmente von allen gewählten Fraktionen gemeinsam verwaltet, wodurch auf diese Weise und zusätzlich mittels regelmäßiger Sitzungen die Vertreter aller Parteien und Gruppen Einblick in alle Tätigkeitsbereiche haben. Im Falle des Stadtrats von Amûdê kann daher von einer Einheits- oder Allparteienregierung gesprochen werden.

Es herrscht ein reger kommunikativer Prozess und im Stadtrat ist immer viel los bzw. die Kommissionen sind oft in der Stadt und den umliegenden Dörfern unterwegs. Es finden regelmäßig verschiedene Sitzungen statt. Ich wiederhole den Aspekt der Sitzungen, aber es finden wirklich sehr viele Sitzungen statt. Zwischen den Kommissionen der Räte und denen der Kommunen, den Ko-Vorsitzenden der Kommunen

mit den Ratsmitgliedern, mit der kantonalen Ebene etc.

Ich habe an diversen, sowohl öffentlichen als auch nicht-öffentlichen Sitzungen teilgenommen. In diesen wird sehr viel diskutiert, ausgetauscht und entschieden. Sie wirkten auf mich sehr offen und nach demokratischen Prinzipien ausgerichtet. Vor allem die in der kurdischen Bewegung und im Demokratischen Konföderalismus angewendete Methode der Kritik und Selbstkritik führt dazu, dass kommunikativ-demokratische Prozesse generiert werden.

### **Dezentralisierung als Demokratisierungseffekt im Sozialen und der Soziokultur**

Zusammenfassend können die vorgestellten Selbstverwaltungsinstitutionen trotz vieler Defizite als tendenziell graswurzel-demokratische Phänomene mit umfassender Selbstverwaltung in Politik, Recht und Kultur charakterisiert werden. Sie verfügen über demokratische Mechanismen und haben die eine Radikaldemokratie kennzeichnenden Merkmale wie z. B. der Minimierung der Repräsentanz und die ausschlaggebende Rolle des Volkswillens in Sachen Entscheidungsgewalt und Entscheidungsprozessen.

Diese Aspekte sind jedoch nur die institutionelle und politisch-technische Seite der Medaille. Eine Radikaldemokratie hängt auch von einer soziologischen Komponente ab. Die andere Seite des Demokratischen Konföderalismus zeichnet sich durch eine demokratische Geisteshaltung oder Mentalität, kurz: durch eine demokratische Soziokultur aus. Während der institutionelle Aufbau den politisch-revolutionären Aspekt ausmacht, wird die soziopolitische und soziokulturelle Transformation als ein evolutionärer Prozess verstanden. Die Demokratie wird dabei nicht nur als Ziel und Zweck, sondern auch als Mittel zu eben diesem Zweck verstanden.

Das dynamische und egalitäre Modell der Demokratischen Autonomie trifft mit dem mittelöstlichen Nordsyrien auf eine Region, die historisch sehr patriarchalisch und tribalistisch

geprägt ist. Eine Region, die seit Jahrzehnten von despotischen Staaten passiv und unterdrückt gehalten wird. Für eine Demokratisierung im weitesten Sinne ist sozialer Wandel in dieser vom dogmatischen Denken und despotischem Handeln geprägten Gegend unerlässlich.

Ich möchte nun abschließend kurz auf jene soziopolitischen Faktoren eingehen, die die andere Seite der Medaille bzw. die egalitären und libertären sozialen Strukturen befördern sollen.

Wie deutlich wurde, findet mit den Kommunen und den Räten eine Dezentralisierung in der Verwaltung statt. Die soziopolitischen Handlungen der Akteure sind völlig neue soziale Phänomene, welche damit verbunden zu Veränderungen in der Soziokultur führen.

Der Komplex Recht in Nordsyrien, in dem das lebende Recht eine primäre Rolle spielt, beinhaltet auch eine umfassende rechtlich-soziale Selbstregulierung der Gesellschaft. Die mediative Logik im lebendigem Recht, wo der Komplex Gerechtigkeit durch die beidseitige Übereinkunft der Konfliktparteien wesentlich erfolgreicher zur Geltung kommt, ist meines Erachtens der Grund dafür, dass z. B. in Amûdê im Jahr 2017 nur drei von 160 Rechtsfällen von einem Gericht und durch Gesetze gelöst wurden. Gerichte und Gesetzesrecht bestehen zwar, fungieren aber nur als letzte Instanz. Diese Erfahrungen stärken eine demokratische Kultur.

Ein weiterer Komplex, der dezentralisiert und an die Basis der Gesellschaft verlagert wird, ist Wissen. In Rojava spielt der Aspekt Bildung eben wegen der evolutionären Herausforderung eine ausschlaggebende Rolle. Daher gibt es so viele Bildungsprogramme, Akademien und weitere Maßnahmen, die die zentralen Werte und Normen des Demokratischen Konföderalismus vermitteln und eine geistige Veränderung bewirken sollen. Dies wiederum prägt das Handeln bzw. die Soziokultur.

Der normative und strukturelle Pluralismus, welcher auch einen dezentralistischen Charakter hat, führt

dazu, dass die verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen in der Gesellschaft vielleicht das erste Mal in der Geschichte im Politischen zusammen agieren. Auch dies ist ein Aspekt des Neuen, der nur funktioniert, weil die verschiedenen Identitäten und Gruppen gleichgestellt sind. Er äußert sich nicht zuletzt durch die Mehrsprachigkeit in diversen Sphären der Gesellschaft aus. Diese Gleichstellung und der Pluralismus ist eine Leitidee und im Gesellschaftsvertrag verankert.

Die vielleicht wichtigste Säule der Dezentralität in Nordsyrien ist die angestrebte Geschlechtergerechtigkeit und der versuchte Bruch mit dem Patriarchat in der Gesellschaft. Leider kam dieses Phänomen, das auch als eine Frauenrevolution bezeichnet wird, heute nicht expliziter zur Sprache. Ich möchte es dennoch in groben Zügen thematisieren.

Die Aktivitäten vor allem der Frauenbewegung in Rojava können zweierlei kategorisiert werden: Zum einen werden fraueneigene Strukturen und Institutionen insbesondere zur politischen Stärkung von Frauen geschaffen. Es gibt von der Kommune bis zu den allgemeinsten Strukturen eine parallele Frauenorganisation. Zudem ist das Konzept des Ko-Vorsitz allein symbolisch ein einschneidender Bruch in der Region.

Zum anderen werden anti-patriarchale rechtliche und institutionelle Maßnahmen getroffen, wie z. B. die sogenannten Frauengesetze oder die in jeder Stadt vorhandenen Häuser der Frauen. Diese fungieren als Anlaufstelle für Frauen, die patriarchaler Unterdrückung oder häuslicher Gewalt ausgesetzt sind.

Beide Strategien zusammen führen dazu, dass alle Frauen in der Gesellschaft in ihrer Rolle und Bedeutung gestärkt werden. Dass sich Frauen organisieren sollen und können, ist wie bereits erwähnt eine gesellschaftliche Leitidee des Demokratischen Konföderalismus, welche vor allem aufgrund der 40-jährigen Geschichte der kurdischen Frauenbewegung, ferner der Rolle der Frauen in der Rojava-Revolution, aber auch synergetisch wegen



der charismatischen Autorität Öcalans anerkannt und akzeptiert wird.

Dies alles bedeutet bei weitem nicht, dass patriarchale Logiken, Verhältnisse und Muster in Nordsyrien überwunden sind, sondern es muss unbedingt zwischen Zuständen in der öffentlich-politischen und der familiär-individuellen Sphäre unterschieden werden. Perspektivisch kann jedoch gesagt werden, dass durch die feministischen Entwicklungen im Politischen die Frauen künftig die jahrtausendealten patriarchalisch-religiösen moralischen Vorstellungen und Grenzziehungen mit dem anderen Geschlecht neu und gleichberechtigt verhandeln können, bzw. dieser Aushandlungsprozess hat bereits begonnen.

Vielen Dank und danke für die Aufmerksamkeit.

<|>



**Rosa Burç** (*Center for Social Movement Studies, Scuola Normale Superiore, Florenz*)

### **Eine alternative Türkei. Die HDP; feministisch, basisdemokratisch, egalitär**

Eine alternative Türkei. Die HDP; feministisch, basisdemokratisch, egalitär

Leyla Güven, die einzige inhaftierte HDP-Politikerin, die noch ein Abgeordnetenmandat hat, ist seit 73 Tagen auf unbestimmte Zeit im Hungerstreik. Sie fordert die Aufhebung der Totalisolation von Abdullah Öcalan und befindet sich mittlerweile in einem kritischen Zustand.

Leyla Güven wurde mit 71% der Stimmen als HDP Abgeordnete für Hakkari ins türkische Parlament gewählt. Sie ist darüber hinaus auch die Ko-Vorsitzende des demokratischen Volkskongresses DTK. Genau diese Rolle wird ihr nun vorgeworfen. Sie habe eine „illegale Organisation“ geleitet und habe die Afrin-Operation der Türkei kritisiert und als „Besatzung“ bezeichnet. Es wird eine Haftstrafe von 46,5 Jahren gefordert. Mittlerweile sind insgesamt 239 Inhaftierte zusammen mit Leyla Güven im Hungerstreik, nicht weil sie etwas für sich selbst fordern, sondern gegen die Totalisolation von Abdullah Öcalan.

Angesichts der aktuellen Ereignisse möchte ich heute etwas mehr auf die Rolle von Abdullah Öcalan, seine Ideen und die verschiedenen Institutionen der kurdischen Freiheitsbewegung eingehen, um dann anschließend die politische und ideologische Ausrichtung der HDP und ihre

Strukturen besser zu verstehen – besonders mit Blick auf die Frage „Demokratie neu denken“.

Wenn wir über die HDP sprechen, dann können wir dies nicht tun, ohne über die kurdische Erfahrung mit Staatlichkeit zu sprechen.

Als am 28. 11. 2015 der Menschenrechtler und Vorsitzender der Anwaltskammer in Diyarbakir Tahir Elçi vor laufenden Kameras ermordet wurde, sagte einige Tage später der damalige HDP Vorsitzende Selahattin Demirtaş: „Nicht der Staat, sondern die Staatenlosigkeit hat Tahir Elçi umgebracht.“ – was meinte Demirtaş damit? Sagte er damit, dass das Fehlen einer kurdischen Staatlichkeit der Grund für die Staatsgewalt war, die Elçi tötete? Oder meinte er vielleicht die „Status“-losigkeit der Kurden und der anderen Minderheiten in den bereits bestehenden Staaten?

Mit Blick auf die fundamentalen Entwicklungen innerhalb der kurdischen Politik, besonders mit Blick auf den Entstehungsgrund der HDP – worauf ich gleich eingehen werde - können wir mit Sicherheit sagen, dass Demirtaş damit die Statuslosigkeit meinte.

Während noch vor 40 Jahren die kurdische Bewegung einen eigenen Nationalstaat forderte, sprich die Abspaltung von der Türkei, ganz im Sinne nationalistischer Politik, hat sich die kurdische Freiheitsbewegung unter der Anführung von Öcalan mehr und mehr zu einer postnationalen Bewegung entwickelt. Der Fokus lag nicht mehr auf dem Befreiungsbegriff, der einherging mit Selbstbestimmung durch Staatlichkeit, sondern Selbstbestimmung durch die Befreiung der Gesellschaft. Öcalan hat nationalistische Politik fundamental hinterfragt, indem er die Fragen gestellt hat: Wie kann es sein, dass vermeintlich anti-koloniale Bewegungen im post-kolonialen Status keine freie Gesellschaft aufbauen konnten. Z.B Nasr in Ägypten – antikolonial war die nationalistische Ideologie des Panarabismus.

Die kurdische Freiheitsbewegung hat bereits in den frühen 1990er Jahren den Wunsch nach einem eigenen Staat abgelehnt und neue politische und

gesellschaftliche Strukturen gefordert. Diese neuen Strukturen, sprich das neue Demokratieverständnis sollte nicht nur die Grenzen der Nationalstaaten in der Region de-facto überwinden, indem die Nation neu definiert wurde, sondern auch den sogenannten „Gesellschafts-genozid“ stoppen. 1993 wurde all das unter dem Begriff der „Demokratischen Republik“ verstanden und heute spricht man von der Demokratischen Autonomie. Und genau hier setzt das Politikverständnis der HDP an. Sie ist nicht einfach nur eine neue Partei in der Parteienlandschaft der Türkei, sondern das Produkt eines Jahrzehntelangen Paradigmenwechsels innerhalb der kurdischen Freiheitsbewegung. Das HDP-Projekt in der Türkei oder auch die Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava (Ramazan) sind ein Versuch, die Völker der Region anhand eines emanzipativen Modells multikultureller Demokratie aus der nationalstaatlichen Zwangslage zu befreien.

Die HDP kann also weder ohne Öcalan verstanden werden, noch ohne die gesellschaftlichen Entwicklungen in Rojava, denn sie ist die Antwort auf die Notwendigkeit einer neuen Politik, die unnachgiebig öffentlich, partizipatorisch auf kommunaler Ebene, konföderal in ihrer Vision, revolutionär in ihrem Charakter und grundlegend feministisch ist. Sie hat es geschafft, die nicht-kurdische Linke und feministische Organisationen für das Projekt zu gewinnen und sich als Anti-Status-Quo Partei zu etablieren, sprich: basisdemokratisch, feministisch und egalitär.

### **Basisdemokratie als Organisationsform**

Auf organisatorischer Ebene hat die HDP die Bildung demokratischen Autonomieregionen im ganzen Land vorgeschlagen, um föderale und zumindest dezentrale Strukturen in der hochzentralisierten Türkei aufzubauen. Die Notwendigkeit der Schaffung autonomer politischer Sphären für die lokale Ebene wurde bereits in der Reorganisation der HDP und der damaligen kurdischen BDP in eine gemeinsame Struktur nach den Kommunalwahlen 2014 deutlich gemacht. Die parlamentarische Fraktion der BDP trat der HDP bei und die BDP

agierte nur auf lokaler Verwaltungsebene. Auf dem dritten Parteitag im Juli 2014 wurde die Partei in Demokratik Bölgele Partisi (Demokratische Partei der Regionen, DBP) umbenannt. Die DBP ist wichtig für die Kommunalwahlen im März 2019. Sie ist die kurdische Komponente innerhalb der Bündnispartei HDP und vor allem im Südosten des Landes stark, unter anderem auch, weil sie sich für die Demokratisierung auf kommunaler Ebene einsetzt. In einem stark zentralisierten Staat wie der Türkei stellt diese Form der Politik ein Novum dar. Sie ist jedoch integraler Bestandteil des Politikverständnisses der HDP: Selbstbestimmung durch Dezentralisierung.

Diese Politik kann als ein Versuch angesehen werden, die vertikale Hegemonie zu durchbrechen, die sich aus dem starken zentralistischen Charakter der türkischen Politik ergibt, um so Vertretungsorgane nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch auf radikal demokratischer Ebene für die lokale/regionale Ebene zu gewährleisten. Die Partei definiert sich ferner als eine Organisation, die "von der Straße ausgeht und sich zu lokalen Versammlungen in der Nachbarschaft entwickelt".

### **Demokratisierung von unten: Bildung einer autonomen Frauenversammlung**

Eine weitere Besonderheit mit dem Aufstieg der HDP in der türkischen Politik war der Versuch, mit der horizontalen Hegemonie weiter zu brechen, indem eine völlig autonome Frauenstruktur parallel zum bestehenden Status quo gebildet wurde. Die wichtigste Gestaltung einer Frauenstruktur war die Bildung der HDP-Frauenversammlungen, die autonom organisiert und doch in die HDP eingebettet sind. Die HDP begründet die Notwendigkeit der Bildung einer autonomen Versammlung innerhalb der Partei mit einem "tief verwurzelten Mechanismus aus männlicher Herrschaft und Geschlechterungleichheit":

Des Weiteren soll eine radikaldemokratische Beteiligung von Frauen von unten nach oben in Frauenversammlungen in Stadtteilen, Landkreisen, Städten und dann in der Zentrale der HDP-

Frauenversammlung umgesetzt werden: „Unsere Versammlungen sind unsere partizipativen, horizontalen und direktdemokratischen Praktiken (...) Als HDP-Frauenversammlung glauben wir, dass der wichtigste Teil der Selbstverteidigung die Organisation ist".

Die HDP-Frauenversammlung ist sowohl in gemischten als auch in den nur von Frauen geprägten Bereichen und auf der zentralen Ebene in Form von Frauenkommissionen tätig, wie beispielsweise für Diplomatie, Medien, Bildung, Recht und Finanzen. Die Umsetzung dieser Prinzipien durch die HDP und ihre Frauenstruktur zeigt sich zum Beispiel am System des Ko-Vorsitzes auf jeder Organisationsebene, wobei eine Position für einen Mann und eine für eine Frau reserviert ist. Die Vorsitzende wird nur mit der Stimme der Frauen gewählt, im Gegensatz zum Vorsitzenden, der sowohl von Männern als auch von Frauen gewählt wird.

Die HDP-Frauenversammlung ist eine Intervention in die Politik, die als machtvolle und monopolistische Männerzone aufgebaut wurde. Sie zielt darauf ab, diese zu transformieren und zu demokratisieren, die Beteiligung von Frauen an der Politik zu fördern und die Politik zu sozialisieren.

Darüber hinaus können alle Entscheidungen, die von der HDP getroffen werden, jedoch Frauen betreffen, von der Frauenversammlung durch ein Veto aufgehoben werden. Alle Entscheidungen jedoch, die von der Frauenversammlung getroffen werden, sind für alle Entscheidungsgremien und Ausschüsse auf der entsprechenden Ebene verbindlich. Ziel ist es, Selbstverteidigungsmechanismen institutionell aufzubauen, um vor der Dominanz von Männern zu schützen. Diese Richtlinien werden auch bei Wahlverfahren wie der Bestimmung von Kandidaten, bei Parteikongressen sowie bei Kommunal- und Parlamentswahlen angewendet. Wahlkämpfe werden auch von reinen Frauenbüros und Strategiezentren durchgeführt. Innerhalb der HDP-Fraktion im Parlament bilden Frauen ihre eigene HDP-Frauengruppe, die aus 22 weiblichen

Abgeordneten besteht, die die Frauenfrage im Parlament thematisieren.

Obwohl allgemein bekannt und der Einfachheit halber als "prokurdische" Partei bezeichnet, ist die HDP vor allem ein Linksbündnis, pro-Frieden und Frauenpartei, die ihre Wurzeln in der kurdischen Freiheitsbewegung hat.

"Unser Programm ist klar, wir wollen Frauen in einem Land sichtbar machen, in dem sogar das Wort "Frau" systematisch ausgelöscht wird", sagte die stellvertretende Vorsitzende der HDP-Gruppe und feministische Aktivistin Filiz Kerestecioğlu in einer Talkshow, nur zwei Wochen vor den letzten Parlamentswahlen in der Türkei am 24. Juni.

Als die damals neu gewählte AKP 2003 ihr 34-seitiges Programm für das 59. Kabinett vorstellte, erschien der Begriff "Frauen" nur einmal gegen Ende des Dokuments und nur im Rahmen von Familie und Nation. Fast ein Jahrzehnt später hat die AKP-Regierung die institutionelle Landschaft neu strukturiert und das Ministerium für Frauen und Familie durch das Ministerium für Familie und Soziales ersetzt. Während also die AKP darauf abzielt, Frauen unsichtbar zu machen, fordert die HDP den Platz der Frau in Gesellschaft und Politik radikal zurück.

Feministische Wissenschaftler behaupten, dass der Staat - obwohl er die Rechte der Frauen bis zu einem gewissen Grad garantiert - Frauen nie vollständig befreien kann, es sei denn, die Kämpfe der Frauen spielen eine zentrale Rolle bei der Gestaltung des nationalen Projekts. Der Versuch einer radikalen Frauenemanzipation, also eines radikalen Feminismus, der darauf abzielt, die männliche Dominanz in allen gesellschaftlichen, institutionellen und wirtschaftlichen Kontexten zu beseitigen, wurde in der Türkei mit dem Auftauchen der HDP erstmals in größerem Umfang vorangetrieben.

<|>



## Über Kurd-Akad

Als 2009 gegründetes Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V. ist es unser erklärtes Ziel, HochschulabsolventInnen und AkademikerInnen zu vernetzen.

Über die daraus resultierende Bündelung von unterschiedlichen Professionen und Kompetenzen entsteht nicht nur ein Forum des Austausches für die AkademikerInnen selbst, sondern es ergeben sich wichtige Synergieeffekte für die kurdische Community.

Denn es gilt, den sozialen, kulturellen und politischen Belangen der KurdInnen in Kurdistan und Europa auch auf akademischer Ebene Ausdruck zu verleihen.

Neben einer Stärkung der gesellschaftspolitischen Interessensvertretung ist die Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Themenbereichen Kurdistan und Kurdistan ein wichtiger Grundsatz unserer Arbeit.

Bildung als höchstes Gut einer Gesellschaft und Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben betrachtend, erachten wir es als eine Notwendigkeit, das Bildungspotential innerhalb der kurdischen Community zu fördern.

# KURD-AKAD

Tora Akademîsyenên Kurd  
Network of Kurdish Professionals  
Netzwerk kurdischer AkademikerInnen



[www.kurd-akad.com](http://www.kurd-akad.com)

Veranstalter

# KURD-AKAD

NETZWERK KURDISCHER AKADEMIKERINNEN e.V.

In Kooperation mit



Unterstützer

